

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

21 (26.1.1925)



# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Ruhestunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: Halbmonatlich 1.— M mit 90 S ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S. Samstags 15 S. — Anzeigen: die einpaltige Kolonelle 20 S, auswärts 25 S. Restloren 80 S. Annahmefrist 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Verlags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpfung; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

### Das Zentrum und die innerpolitische Situation

Berlin, 26. Jan. (Eigener Funddienst.) Der Reichs- und Reichsverband des Zentrums und die Fraktionsvorsitzende des Reichs- und Landtages besprachen in einer gemeinsamen Tagung in Berlin unter Vorsitz des früheren Reichstagsmarschall Mars die politische Lage und die Haltung des Zentrums in der Reichstagsperiode. Nach den Reden schloß sich ein Auspruch an, die, wie versichert wird, den Willen und die Stärke des Zentrums zu erhalten und die Fortführung der bisherigen vom Zentrum im Interesse des deutschen Volkes und des Vaterlandes geführten Politik zu sichern. Einstimmig fand folgende Entschädigung Annahme:

Der im Reichstag verammelte Reichsverband des Zentrums, sowie die Vorsitzenden der Landes- und Provinzialverbände und die Generalsekretäre der Partei billigen die vom Vorsitzenden der Zentrumsfraktion am 20. Jan. zur Bildung des Kabinetts Luther im Reichstag abgegebene Erklärung.

Entsprechend dieser Erklärung ist die Verammlung davon überzeugt, daß die Zentrumsfraktion des Reichstages und ihre Vertretung in der neuen Regierung an den Grundlinien und an der bisherigen politischen Linie des Zentrums unverändert festhalten werden.

Zu der Regierungsbildung in Preußen soll offiziell in dieser Sitzung nicht Stellung genommen werden sein. Sie sei lediglich Gegenstand der Besprechung unter den einzelnen Vertretern gewesen. Selbst der Abseher des „Berliner Sozialisten“, der „Montag“, muß anerkennen, daß von maßgebenden Abgeordneten des preußischen Landtags dabei der Standpunkt vertreten worden sei, daß die Fraktion des Zentrums bei der Wahl des Ministerpräsidenten in Preußen am Freitag ihre einmal eingenommene Stellung gegenüber den Bestrebungen der Rechten nicht aufgeben könne. Selbst die unter Führung des Abgeordneten Schmidt stehende Opposition des rechten Reichstags sieht sich als unabweisbar gezwungen, die Rechten bei der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten nicht zu trennen zu können. Es ist bezeichnend, daß das Organ der Rechten die Hoffnung doch nicht aufgibt, sondern meint: „Immerhin ist Aussicht vorhanden, daß bei klugem Entschließen der Rechten sich zu einer Koalition mit dem Zentrum vereinigen werden.“ Davon kann nach allem, was man über die Haltung des Zentrums hört, nicht die Rede sein. Mindestens steht das fest, daß die überwiegende Mehrheit der Fraktion, die erst am Tage vor der Wahl des Ministerpräsidenten wieder zusammentritt, an der Weimarer Koalition festhält und nicht neigt, ins Lager der Rechten abzuweichen. Allerdings sind Bestrebungen im Zentrum vorhanden, die diese Koalition nicht unter der Führung eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, sondern unter einem Zentrumsmann bilden wollen. Doch scheint das Zentrum einstweilen noch in Besorgnis über die Verhältnismäßigkeit zu sein, die es als Ministerpräsident in Voranschlag bringen könnte. Vorzeitlich alle diese Fragen sind noch vollkommen in der Schwebe, da noch keine Ausprüche zwischen den drei Fraktionen der Koalition stattgefunden hat.

### Deutsch-belgische Wirtschafts-verhandlungen

Brüssel, 26. Jan. (Eigener Funddienst.) Die belgischen Unterhändler in den deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen sind von Berlin zurückgekehrt, um ihrer Regierung Bericht zu erstatten. Der Ministerpräsident wird am Montag zu diesem Bericht Stellung nehmen. Die handelspolitischen Verhandlungen sind ziemlich stillstehend und lassen den Abschluß eines modus vivendi-Abkommens für den nächsten Monat voraussehen. Die Antwerpener Zeitung „Nieuwspoor“ bemerkt, Deutschland habe große Trümpfe in der Hand, die Zeit arbeite für es und die handelspolitische Uneinigkeit der Alliierten sei ihm zum Vorteil. Belgien verlanget gewisse Sicherheiten des deutschen Zolltarifs, weniger zeitweilig, andererseits wünsche es, gewisse belgische Industrien gleichfalls zeitweilig durch höhere Zölle gegen die deutsche Konkurrenz zu schützen. So namentlich die Eisenindustrie der elektrischen Kraftwerksfabrikation. Deutschland wüßte sich jeder Sonderbehandlung der belgischen Industrie wohl bewußt sein. Das Blatt reist an, Belgien solle den Belen von Antwerpen als Trumpf gegen Deutschland ausspielen und die Borenhaltung der Vorteile dieses Hafens androhen, wenn Deutschland unnachgiebig bleibe.

### Bürgerlicher Presseschwindel

Paris, 25. Jan. (Eig. Bericht.) Der Berliner Korrespondent des „Internationale“ behauptet, von unterrichteter Seite erfahren zu haben, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands beabsichtige, den Abgeordneten Breitscheid in offizieller Mission nach Paris zu senden. Breitscheid habe den Auftrag, die in Frankreich durch die Entwidlung in Deutschland ausgelösten Befürchtungen zu zerstreuen und Herriot davon zu überzeugen, daß die gegenwärtige Regierung in Deutschland keinerlei Gefahr für Frankreich bilde. Daran ist natürlich kein wahres Wort. Der Schwindel ist offenbar nur zu dem Zweck erfunden worden, um Herriots Beziehungen zu linksstehenden Politikern in Deutschland der Öffentlichkeit auszuliefern.

### Die Entschädigung für den verunglückten Reichsminister Dr. Helfferich

Bern, 24. Jan. Zwischen den Schweizerischen Bundesbahnen und der Witwe des früheren deutschen Reichsministers Dr. Helfferich, der bei der Eisenbahnkatastrophe von Selmsloh den Tod fand, ist ein Abkommen getroffen worden, wonach die Bundesbahnen an Frau Helfferich nicht eine Pension, sondern eine Gesamtsumme von 300 000 Franken auszahlen.

### Eine neue Erfindung

Berlin, 25. Jan. Wie das „Berl. Tagebl.“ aus Bremen berichtet, fanden gestern auf dem Bodensee Versuche mit einem Apparat statt, durch den das Sinken von Schiffen verhindert werden soll. Der Konstrukteur, der Ingenieur Liebettau, versenkte ein Versuchsboot mit einer Belastung von 700 Kilo, nachdem er den Apparat so einstellt hatte, daß das Boot nach seinen Versicherungen in einer Stunde von selbst wieder an der Oberfläche des Wassers erscheinen mußte. Wenige Minuten nach der angegebenen Zeit tauchte das Boot auch wieder auf. Es handelt sich um einen Apparat, der das in das Schiff eingebrungene Wasser wieder aus diesem verdrängt.

### Endgültiges Ergebnis der Lippeschen Landtagswahl

M.B. Detmold, 25. Jan. In Preußen wurden abgegeben insgesamt 87 809 gültige Stimmen. Davon entfielen auf die Sozialdemokraten 30 144, auf die Deutsche Volkspartei 13 817, die Demokraten 7 115, auf die Liste Bismarck vier und den christlichen Gewerbetreibenden 4 551, auf die Kommunisten 3 649, auf die Wirtschaftliche Vereinigung, auf die Haus- und Grundbesitzer, Hypothekensgläubiger und Sparer 5 570 und auf die eigene Liste der Nationalsozialisten 678 Stimmen. Es erhalten die Sozialdemokraten 8, die Deutschen 6, davon ein vollständiger Sitz, die Volkspartei 3 und die übrigen je einen Sitz, mit Ausnahme des letzten Wahlkreises, der leer ausgeht.

### Die Präsidentenwahl in Finnland

Helsingfors, 24. Jan. Das Ergebnis der Wahlmännerwahlen für die Präsidentenwahl liegt nunmehr fertig vor. Von den 300 Wahlmännern gehören 69 der Bauernpartei, 68 der finnischen Sammlungspartei, 35 der schwedischen Volkspartei, 33 der finnischen Sammlungspartei, 25 der schwedischen Volkspartei, 23 der finnischen Fortschrittspartei, 19 den Sozialdemokraten und 16 den Kommunisten an. Im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen ergeben die Wahlmännerwahlen Verlust für die Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Präsidentenwahl findet am 16. Februar statt. Am 1. März tritt der neugewählte Reichspräsident sein Amt an.

### Eine bewohnte Insel plötzlich versunken

Nach Telegrammen aus Lifabon ist einer Bewohnung des Berliner Sozialisten zufolge an der westlantischen Küste die kleine, zu Rorkagal gehörende Insel „Fort Alexander“ plötzlich versunken. Die Insel, die etwa 4000 Quadratmeter groß ist, war von Portugiesen bewohnt. Ueber das Schicksal der Bewohner ist nichts bekannt.

### Frankreich und Rußlands Wiederaufbau

Paris, 24. Jan. Senator de Monzie, der Vorsitzende der Kommission für russische Angelegenheiten, ergreift auf einem Bankett der industriellen, kommerziellen und landwirtschaftlichen Vereinigung des Südoberens in Lyon das Wort und verteidigt die Stellungnahme der Regierung gegenüber Sowjetrußland. Er erklärte, die früheren Regierungen hätten der Sowjetregierung gegenüber eine abwartende Haltung eingenommen, um zu sehen, ob diese Regierung sich aufricht erhalten könnte. Die Regierung Herriot dagegen habe verhandelt, ohne sich große Illusionen über das sofortige Ergebnis der Verhandlungen zu machen. De Monzie legte alsdann die Verhältnisse im jetzigen Rußland dar und erklärte, damit dieses einen wirtschaftlichen Aufschwung nehmen könnte, müßte man seine Industrie mit Hilfe des ausländischen Kapitals wiederherstellen. Die russische Regierung müßte dafür natürlich Garantien geben.

### Kleine Nachrichten

Berlin. Ein Triebwagen der elektrischen Straßenbahn fuhr die abschüssige Hauptstraße in Schöneberg herunter und fiel mit solcher Wucht auf einen haltenden Straßenbahnwagen, daß 30 Personen, darunter 8 Kinder, verletzt wurden. Der Führer des Triebwagens, der nach dem Bericht von Augenzeugen kurz vor dem Zusammenstoß abgesprungen war, gab an, daß die Bremsen verlast hätten.

Böckum. Auf der Jede Hammbal 1 wurde von den gestrigen verunglückten Arbeitern ein dritter als Leiche geborgen. Die Aufbaumarbeiten gestellten sich äußerlich schwierig und gefährlich, so daß man zu den vier übrigen Vermissten noch nicht gelangen konnte. Die Rettungskolonie ist noch ununterbrochen in Tätigkeit.

Emden. Auf der Staatswerft ereignete sich ein bedauerlicher Unglücksfall. Bei Benutzung eines neuen Längshülls fürzte aus noch nicht aufgeklärter Ursache ein loslösbare Seitenwagen nach innen. Von den mit dem Löschen der Wagenente beschäftigten Arbeitern wurde einer sofort getötet, ein zweiter starb nach Entlieferung ins Krankenhaus, ein dritter erlitt Beinbruch.

### Rücktritt des Kabinetts Braun

Preußen von der SPD. an die Juncker ausgeliefert

Von Berlin wird geschrieben:

Das preußische Ministerium Braun hat demissioniert. Die republikanische Regierung, die bis jetzt an der Spitze des größten deutschen Bundesstaates stand, hat damit aufgehört zu existieren. Was an ihre Stelle tritt, weiß heute noch kein Mensch, aber die Gefahr eines Rechtssturzes — ähnlich wie im Reich — rückt nun auch für Preußen in greifbare Nähe.

Rein verfassungsrechtlich wäre der Rücktritt des Ministeriums Braun nicht notwendig gewesen. Der vereinten Gegnerschaft von Nationalsozialisten und Kommunisten war es in fünf namentlichen Abstimmungen nicht gelungen, die nach Artikel 57 Abs. 3 der preußischen Verfassung zum Sturz einer Regierung notwendige Stimmenzahl, nämlich die Hälfte der Gesamtzahl aller Abgeordneten, aufzubringen. Der gegen das Gesamtkabinet gerichtete kommunistische Mißtrauensantrag war sogar mit Stimmengleichheit — 221 gegen 221 — abgelehnt worden. Bei den folgenden Einzelmißtrauensanträgen der Rechten, die sich allein gegen die sozialdemokratischen Minister richteten, verschlechterte sich dieses Verhältnis zu Ungunsten der Regierung allerdings insofern, als drei Zentrumsa Abgeordnete sich der Stimme enthielten. Die Anträge wurden mit durchschnittlich 220 gegen 217 Stimmen angenommen. Aber da nach der Verfassung ein Mißtrauensvotum der Zustimmung von 226 Abgeordneten bedürft hätte, war auch dieses Abstimmungsergebnis verfassungsrechtlich unwirksam.

Im Landtag ist die Frage, ob trotzdem das Ministerium zurückzutreten hätte, heftig diskutiert worden. Das Ministerium ist einstimmig der Ansicht gewesen, daß bei diesem Stimmenverhältnis die Möglichkeit einer erplichlichen Weiterarbeit doch nicht gegeben sei, und aus dieser Auffassung ist die Konsequenz gezogen worden.

Die Reaktion erhebt auf Grund dieses Ergebnisses ihrer Hege ein ungeheures Jubelgeschrei — von ihrem Standpunkt aus völlig mit Recht! Was sie in jahrelangem Kampf vergeblich erstrebt hat, die Beseitigung des republikanischen Ministeriums Braun, des sozialdemokratischen Ministers Seevering, das ist ihr am 23. Januar gelungen. Gelungen allerdings nicht aus eigener Kraft, sondern gelungen durch einen Verrat an der Republik, wie ihn die Weltgeschichte schmählicher noch nicht gesehen hat, gelungen durch die verrante und verrückte Bundesgenossenschaft und Hilfe der kommunistischen Partei. Die kommunistische Partei hat am 23. Januar die Republik Preußen an die Reaktion, an die preußischen Juncker ausgeliefert. Das ist das unverrückbare Fazit des gestrigen Tages. Sie haben dieses traurige Werk vollbracht, nicht etwa in Verlegenheit und Scham, sondern mit gereizter Begeisterter Dienstbeflissenheit, von einem wahrhaft inbrünstigen Drang besessen, die Reaktion in Preußen wieder ans Ruder zu bringen. Dafür ist schon folgendes charakteristisch: Während im Reichstag tags zuvor bei der Abstimmung über das Kabinet Luther fast ein Viertel der kommunistischen Reichstagsfraktion (10 Mann) der Sitzung fernblieben, war die kommunistische Landtagsfraktion bis auf 2 oder 3 schwerranke Abgeordnete auf telegraphischen Befehl der Zentrale vollzählig angetreten, um gemeinsam mit der Rechten das Kabinet Braun zu stürzen. An dem Sturz des reaktionären Kabinetts Luther zeigte die SPD, also nur ein ganz lazes Interesse, dagegen war sie voller Feuerer, als es galt, einen sozialistischen Ministerpräsidenten zu erledigen.

Aus den Reden der Kommunisten klang es entsprechend. Herr Ried, der Sprecher der SPD, wiederholte mit unendlichem Behagen den Satz, daß es den Kommunisten ganz gleichgültig sei, ob sich Sozialisten oder Deutschnationalen in der Regierung befänden. Das sei alles das Gleich! — Wir sind gespannt, ob die Kommunisten noch eben so reden, wenn sie die Rute zu spüren bekommen, die sie sich am Freitag selbst gebunden haben. Während der Sitzung konnte man die kommunistischen Abgeordneten jedenfalls immer wieder grinsend davon reden hören, daß es nun mit den sozialistischen Oberpräsidenten, Landräten usw. aus sei, die könnten jetzt nach dem Arbeitsnachweis gehen. Diese Schadenfreude kleiner Geister war offenbar das treibende und bestimmende Moment in der kommunistischen Politik.

Aber die Kommunisten taten noch mehr: als bei der Abstimmung über den Ministerpräsidenten Braun sich eine Mehrheit von drei Stimmen gegen diesen ergab, veranstalteten die Kommunisten eine offenbar von langer Hand vorbereitete häßliche Demonstration gegen Braun. Herr Eberlein



# Das Zentrum und die nationalistisch-kommunistische Katastrophenpolitik

legte einen Trauerkranz auf den Sarg des Ministerpräsidenten nieder und die Deutschnationalen bogen und wählten sich vor Jubel über diese Hanswurstaube. Sie hatten allen Grund, mit ihren Bundesbrüdern zufrieden zu sein. Der Kranz freilich lag am falschen Ort: Wenn der deutschnationale Parteivorstehende Winkler ihn aufgehoben und Herrn Pieck aufs Haupt gesetzt hätte, so wäre das der passende Ausdruck der Situation gewesen.

Aber bei allem hat diese Abstimmung auch ein Gutes gehabt: Sie zeigt dem Volke ein klares Bild der Kräfte, die vereint am Grabe der Republik hausein. Gegen das Kabinett Braun hätte sich alles vereint, was an reaktionären, schwarzweißen Parteien flucht und kriecht: Deutschnationale, Deutschnationale, Volksparteier, Wirtschaftsparteier, Welsen. Aber niemals wäre dieser reaktionäre Block, der im Landtag über 182 Stimmen verfügt, imstande gewesen, gegen die 221 Stimmen des Kabinetts Braun eine Mehrheit aufzubringen, wenn sich nicht die 44 Kommunisten auf die Seite der Reaktion geschlagen hätten. Eine einfache Überlegung: existieren diese 44 Kommunisten nicht, so hätte das republikanische Ministerium unangefochten mit respektabler Mehrheit weiterregieren können. Die 44 Kommunisten haben der Reaktion zum Erfolg verholfen, sie haben sich damit deutlich nicht als Helfer, sondern als die ärgsten Feinde der Republik erwiesen. Der vor den Wahlen geprügte Satz: „Wer kommunistisch wählt, wählt in Wirklichkeit deutschnational“ hat am Freitag seine volle Bestätigung gefunden.

Was wird nun werden? Nach der preußischen Verfassung muß der neue Ministerpräsident vom Landtag gewählt werden. Wenn die bisherigen Regierungsparteien zusammenhaften, können sie Braun von neuem durchbringen. Denn ein Ministerpräsident der Weimarer Koalition wird auf jeden Fall 40 Stimmen mehr erhalten, als ein Kandidat des Rechtsblocks, und dieser müßte denn schon, um in der Stichwahl gewählt zu werden, direkt von den Kommunisten mitgewählt werden. Mit Festigkeit können also die bisherigen Weimarer Koalitionsparteien Herren der Situation bleiben. Dazu ist freilich Voraussetzung, daß sie alle entschlossen sind, zum Schutze der Republik bis zum äußersten zusammenzutreten. Tun sie das nicht, dann ist Preußen der Reaktion verfallen.

Was das bedeutet, darüber braucht man wohl kein Wort verlieren. In jedem Fall muß sich die Partei auf die allerschwersten Kämpfe gefaßt machen. Wir fürchten eine Reaktionsepoche nicht. Sie wird unzähligen Wählern und Wählerinnen die Augen öffnen über das, was sie an einer republikanischen Regierung gehabt haben. Sie wird aber auch dem Volke die Augen öffnen über die ungeheure Verräterei der Kommunisten, die es als ihren Sieg bejubeln, wenn sie das von der preußischen Junkerherrschaft befreite Preußen wieder unter das alte Joch bringen helfen.

## Otto Braun über die Krise in Preußen

Gegenüber einem Vertreter des „Vorwärts“ äußerte sich der bisherige Ministerpräsident Otto Braun wie folgt über die politischen Vorgänge in Preußen:

Die Presse der Rechten stellt es so dar, als ob wir, meine Ministerkollegen und ich, an unseren Ministern geklebt hätten, als ob man uns gleichsam mit Gewalt zum Austritt gezwungen hätte. Die volksparteiliche „Zeit“ spricht in diesem Zusammenhang sogar von einem „unrühmlichen Ende“. Was aber die Rolle der Regierung betrifft, so hätte ich es eher als unrühmlich empfunden, wenn sie davongelaufen wäre, ohne eine Entscheidung der Volksvertretung angerufen zu haben. Die Entscheidung ist nun gefallen, und wir haben daraus im Geiste des parlamentarischen Systems die Konsequenzen gezogen, obwohl wir verfassungsrechtlich nicht gezwungen waren.

Ich kann bestätigen, daß der Austritt des Kabinetts auf meinen Vorschlag erfolgt ist, und daß es darüber überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten gegeben hat. Selbstverständlich hatte ich nicht allein zu entscheiden, das war die Sache der Fraktionen und des Kabinetts. Persönlich aber hätte ich schon längst den Standpunkt vertreten, daß ein Ministerpräsident, der ohne Rücksicht auf die einschlägigen Bestimmungen der Verfassung, daß ich diesen Standpunkt vertrat, hätte die Reichspresse bei ihren guten Beziehungen zur Volkspartei wohl auch erfahren können, wenn es ihr nicht so sehr darauf angekommen wäre, mich als einen Kleber hinzustellen. — Die aufgestellte Theorie, daß jede Regierung nach erfolgten Landtagswahlen ohne weiteres zurückzutreten habe, ist nicht nur von den bisherigen Regierungsparteien, sondern auch von maßgebenden Juristen als unhaltbar zurückgewiesen worden. Ihre Annahme durch die Staatsregierung hätte die Volkspartei freilich vor der peinlichen Lage bewahrt, einen kommunistischen Vertrauensantrag annehmen zu müssen gegen eine Regierung, der sie selbst angehört und für deren Tätigkeit sie an das nicht gesparrt hätte. Wir aber wollten keine Verdunkelung, wir wünschten vielmehr, daß die politischen Gruppierungen, wie sie sich neu gebildet hatten, ganz klar dem Volke vor Augen geführt werden sollten. Diese Klarheit herbeizuführen zu haben, bedauern wir nicht! — Abgesehen davon wäre es eine Pflichtvergeßlichkeit gegenüber dem Staat gewesen, wenn wir vorzeitig ohne Not unsere Posten verlassen hätten. Wir wählten, daß angesichts der Gruppierungen, wie sie augenblicklich bestehen, ein reibungsloser Übergang vom bisherigen Regierungssystem zu einem neuen nicht möglich war. Von einer drohenden Staatskrise sprechen die Reichsblätter auch in Preußen. Wir hätten es uns nicht vergehen können, wenn wir durch einen vorzeitigen Austritt ohne Entscheidung des Landtags eine Staatskrise herbeiführen hätten. Durch die Abstimmungen am 23. Januar sind nur vor aller Welt die Grenzen der Verantwortung festgelegt. Die Regierung hat die Verantwortung getragen bis zum Ende, jetzt tragen diejenigen, die sie gekürzt haben, die ihre Aufgabe wäre es nun, an die Stelle des Alten, das nach der Meinung der Deutschnationalen und der Kommunisten schon immer schlecht war und das nach der Meinung der Volkspartei jetzt auf einmal schlecht geworden ist, etwas Besseres Neues zu setzen. Ob ihnen das bis zum nächsten Freitag gelingt, ob es ihnen überhaupt gelingt, wollen wir in Ruhe abwarten. Zum übrigen ist es nicht notwendig, nervös zu werden; das preußische Staatswesen ist nach drei Jahren strenger Führung hinreichend stabilisiert, um eine Regierungskrise auch mit Komplikationen ertragen zu können.

Was die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und die Kommunisten unter der Führung des Herrn Stresemann betreiben, ist Katastrophenpolitik. Sie treiben das deutsche Volk in innerpolitische Krisen und Wirren, deren katastrophale Wirkungen heute noch gar nicht abzusehen sind und die dem deutschen Volke auch in wirtschaftlicher Hinsicht die allerschwersten Wunden schlagen können. Je kläglicher sich das bietet, was Herr Stresemann auf außenpolitischem Gebiete leistet, weil er durch seine innerpolitische Intrigenarbeit voll auf in Anspruch genommen ist, desto mehr bemüht er sich, die innerpolitischen Schwierigkeiten zu steigern, die Regierungskrisen zum Dauerzustand zu gestalten, das deutsche Volk in die gefährlichste innerpolitische Gärung zu versetzen. Diese jetzt bestehende und — falls ihr nicht noch in letzter Stunde energisch gesteuert wird — auch Raatszerstörende Tätigkeit Stresemanns und seiner frivolen politischen Stippe, ist allerdings dadurch gebremst worden, daß zunächst auch die Demokratie nicht die Entschlußkraft aufbrachten, die zur erfolgreichen Abwehr notwendig war, und sie ist weiter gefördert worden durch die schwächliche, um nicht zu sagen schmachvolle Haltung der Demokratie bei der Abstimmung über das Billigungsprotokoll für das Kabinett Luther. Mit Schuldig ist auch in hohem Maße das Zentrum unter der ewig gaudierenden und unter fortgesetzten Bedenken hin und her geworfenen „Führung“ des Herrn Dr. Marx. Worüber noch zu sprechen sehr wird. Der Krise im Reich und der durch die Demokraten und das Zentrum verschuldeten Bildung einer ausgesprochenen Rechtsregierung ist die Krise in Preußen gefolgt; ihrem Ausgang muß entscheidende Bedeutung beigegeben werden. Es ist nun beachtenswert, die inneren Vorgänge im Zentrum näher zu verfolgen, an der Hand der Pressestimmen, die allerdings, wie die Erfahrung lehrt, in keiner Weise einen sicheren Anhaltspunkt für das schließliche Verhalten des Zentrums geben. Es ist der Zentrumspresse bisher immer wieder gelungen, die katholischen Wähler gleichsam mit einem Kuck auf den genau entgegengesetzten Weg zu führen, den man vorher mit lautem Tamtam angekündigt hat. Die „Germania“ bläht nach dem Austritt der preußischen Regierung in kräftigen Tönen. Sie schreibt u. a.:

„Nach dem Verhalten der Deutschen Volkspartei, insbesondere nach ihrer Entwicklung in den letzten Wochen, können wir uns eine Zusammenarbeit mit ihr in Preußen nur noch sehr schwer vorstellen. Sie hat eine Entwicklung ins rein Kautatorische und eine Annäherung an die Methoden der Rechtsparteien vollzogen, die die fernere Zusammenarbeit beinahe unmöglich machen. Auch in dieser jüngeren Stunde wird die Zentrumspartei des Preußischen Landtags wie immer bei ihrer geschnitten Arbeit staatspolitische Erwägungen in den Vordergrund stellen. Die Bildung einer bürgerlichen Koalition kann für das Zentrum nicht in Frage kommen, ganz abgesehen davon, daß auch die Deutsche Demokratische Partei dies in Preußen noch viel weniger mitmachen würde als im Reich. Die Rechtsparteien haben im letzten Verein mit den Kommunisten den Schlag gegen Preußen geführt, und auf ihrer ruhigen Bahn der Verantwortung für das, was kommen wird. Der Gedanke, daß die Sozialdemokratie, die nunmehr im Reich schon in schärfster Opposition steht, in Preußen in die Opposition hineingedrängt werden soll, ist eine ungeheure Gefahr, vor der niemand weniger die Augen verschließen sollte, als die Fraktion des Zentrums im preußischen Landtag. Es gilt jetzt wachsam zu sein und größeres Unheil zu verhindern. Die Methoden, die die Rechte am 23. Januar angewandt, werden ihr noch teurer zu stehen kommen. Wie der Deutschen Volkspartei die Führung der Reichsregierungsarbeit auftritt, so sollte ihr nun ebenfalls die Arbeit zufallen, den Ausweg aus dem politischen Chaos, das sie geschaffen hat, zu finden. Wie sich auch die Lage entwickeln mag, das Zentrum wird diesen Herren zeigen, daß es noch da ist und ein Wort mitzureden hat. Auszuschalten als politischer Machtfaktor ist es nicht, und vielleicht will seine Position, wenn es Gewehr bei Fuß steht, noch weit härter sein, als wenn es in politischen Kombinationen seiner Kräfte schloßlos einsteht, das es nicht geschaffen, sondern die ihm wider Willen und ohne Not aufgedrungen worden sind. Wir schauen nicht ohne Sorge in die Zukunft, denn es lag auch im Interesse der Reichspolitik, die ohnehin vor großen Schwierigkeiten steht, daß in Preußen wenigstens die Sozialdemokratie nicht in die Opposition getrieben wurde und hier gleichsam eine gewisse Bindung für die Reichspolitik erfolgte. Es ist möglich, daß dieses Ventil nunmehr seine Wirksamkeit nicht mehr tun kann. Dadurch wird die Gesamtlage außerordentlich erschwerter, und die Herrschaft der Volkspartei wird wahrscheinlich erst durch einen engen Parteienbündnis, angezogen haben. Die Zentrumspartei steht mit reinen Händen da. Alle Schuld fällt auf die Deutsche Volkspartei, die die Verantwortung für ihre unüberlegte und leidenschaftliche Politik vor der Geschichte und dem deutschen Volke zu verantworten haben wird.“

Das Zentrumblatt in Frankfurt, die „Heinrichs Volkszeitung“, offiziert das folgende Stimmungsbild aus dem Zentrumslager: „Darüber wollen wir uns von vornherein gar nicht täuschen: Eine so bittere Enttäuschung, eine so weitgehende Unzufriedenheit über die Haltung des Zentrums im Reichstag haben wir kaum je erlebt. Ich habe in den letzten Tagen verschiedene Reisen gemacht, die mich fast den ganzen Rhein entlang führten, ich war im Rheingebiet, am Main und in Baden, ich hatte mit denen aller Stände und Berufsständen zu tun. Wo immer ich Parteifreunde traf, gleich kam das Gefühl auf politische Dinge und überall ließ ich auf das Gefühl mächtiger Enttäuschung und Bitterkeit. Es ist geradezu erschütternd, feststellen zu müssen, in welch verberberndem Umfang das alte Kapital an Vertrauen, das die Zentrumswähler durch alle Krisen hindurch der Reichsstaatsfraktion entgegengebracht haben, aufgebracht ist. Es hat freilich bei allen Enttäuschungen der letzten Jahre diese Unzufriedenheit gegeben, aber in so weitem Umfang und mit solcher Schärfe ist die Unzufriedenheit doch wohl nie zum Ausdruck gekommen. Zu wundern braucht einem das wirklich nicht. Denn wenn wir jetzt das Ergebnis dieser Regierungskrise betrachten, dann müssen wir doch feststellen, daß all das Ereignis geworden ist,

wogegen sich das Zentrum seit Jahren immer gewehrt hat. In der letzten Zeit haben sich ja die Dinge immer schärfer herausgezeichnet. Die Gegenläufe sind immer deutlicher hervorgetreten. Die wahren Motive der Deutschen Volkspartei waren schließlich mit Händen zu greifen. Seit jener Krise, die nach der Annahme der Damesgesellschaft im Reichstag ausbrach, war kein Zweifel mehr darüber erlaubt, daß Stresemann darauf ausging, unseren Marx zu füttern. Warum wollte dann Stresemann durchaus die Deutschnationalen in der Regierung haben? Warum wollte er auf der anderen Seite die Sozialdemokratie ausschließen? Solange es galt, in mühsamer Arbeit und mit schweren Opfern die außenpolitischen Dinge einzuräumen unter Dach und Fach zu bringen, da war ihm die Mitsprache der Mitte und die Unterstützung der Linken recht. Als es aber nach der Annahme der Damesgesellschaft darauf ankam, die außenpolitischen Erfolge in die Linie der inneren Politik einzufügen, da schwenkte er um. Er selber hat mit brutaler Offenheit, die leider viel zu wenig beachtet worden ist, erklärt, daß die kommenden Steuererlässe, die eine Entlastung der Wirtschaft bringen müßten, unmöglich zusammen mit der Sozialdemokratie gemacht werden könnten. Unser Marx hat sich mit dem ganzen Einsatz seiner Persönlichkeit gegen das handgreifliche Verbrechen einer solchen Politik gewehrt. . . . und was ist dabei herausgekommen? Stresemann hat Marx an die Wand gedrückt, Marx ist gefallen, Stresemann hat gefiegt. Seine wirtschaftspolitischen Interessen haben sich durchgesetzt, die Sache der Gerechtigkeit hat eine Niederlage erlitten. Wir haben jetzt eine Regierung, an der niemand mehr Freude hat, als die Deutsche Volkspartei. Und das Zentrum? Es hat sich das alles gefallen lassen, es hat sogar zwei Männer seiner Richtung ins neue Kabinett geschickt. Es hatte erst einstimmig beschlossen, eine Rechtskoalition abzuschließen und dann hat es doch mitgemacht. Das ist es, was die Wähler so empört. Sie fühlen sich um die Verpfändungen des Wahlkampfes betrogen; sie haben für diese Haltung des Zentrums kein Verständnis, sie nennen das charakterlos.“

Die „Heinrichs Volkszeitung“, das Organ der Zentrumspartei in Köln, läßt sich u. a. wie folgt aus: „Wenn im Reich das Zentrum trotzdem die Hand gereicht hat, einer Regierung, weils es eben um das Reich und die Außenpolitik ging, zunächst einmal das nackte Leben zu erwidern, dann können wir uns nicht vorstellen, daß das Zentrum nach dieser zweiten Erfahrung schließlichen Verhaltens der Volkspartei auch in Preußen bereit sein könnte, in das Joch zu kriechen, das die Volkspartei wieder so lockend für das Zentrum bereit hält. Die Zentrumswahlkreise wird sich nach unserer Auffassung dafür bedanken, im Falle Preußen von staatspolitischen Erwägungen etwas zu hören, sie wird vielmehr wünschen, daß endlich einmal die Reformmächte in Deutschland durch geeignete Haltung des Zentrums vermehren empfindlich abgeschwächt werde, daß ihnen die Luft an ihrem notschädigenden Handwerk für die Zukunft verwehrt. Wir zweifeln nicht daran, daß die Stimmen aus dem Lande der preußischen Zentrumskreise diesen Wunsch nachdrücklich vorzutragen werden.“

Wenn schon Zentrumspartei erklären, man finde im Zentrumskreis, daß die Haltung des Reichstagszentrums „charakterlos“ erweise, so wird man es uns kaum verzeihen können, wenn wir direkt sagen, daß das Verhalten des Reichstagszentrums anders gar nicht beurteilt werden kann. Man braucht sich bloß noch in Erinnerung zu rufen, in welcher erdärmlichen Weise gerade der Führer des Zentrums, Dr. Marx, sowohl als Parteimann wie als Reichsführer von der Presse der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen beschimpft worden ist, wie vor aller Öffentlichkeit sichtbar Stresemann auf den Sturz des Herrn Marx hinabstürzte, und zwar mit den strupflochten Mitteln — und trotz alledem rafft das jenseitige Zentrum einen Minister für das Kabinett, das zwar den Namen des Herrn Luther trägt, das aber in Wahrheit ein volksparteilich-deutschnationales Kabinett des Herrn Stresemann ist.

Daß im Zentrum zur Stunde tiefgehende Erregung herrscht, davon konnte man sich im Reichstage in den letzten Tagen mühelos überzeugen. Bemerkenswert ist auch, wie die badiischen Zentrumsparteien auseinanderstieben. Tausend und ehrlich hat Herr Dr. Witz mit „Nein“ gestimmt, er ist sich treu geblieben und hat getan, was ein Mann tun muß, der begriffen hat, daß Deutschland nur auf demokratisch-republikanischer Grundlage zur Geltung gelangen kann. Die anderen badiischen Zentrumsparteien verhielten sich anders; jeder auch der alte Herr Fehrenbach, der mit „Ja“ stimmte. Herr Adam Röder erteilte Abstinenz, ebenso Herr Diez-Radolfzell, der wie Herr Erling, ein recht stehender Zentrumsmann ist, aber offenbar um seine Position in der Seegenand fürchtete. Nicht mit „Ja“ zu stimmen, ist Herrn Diez augenblicklich ungemein schwer gefallen. Wie Herr Sonnen-Karlstraße gestimmt hat, können wir im Augenblick nicht kontrollieren, da die Abstimmungsliste zur Stunde noch nicht vorliegt, ebenso steht es mit Herrn Damm. Wenn also schon unter jenen badiischen Richtungen zu verzeichnen sind, so läßt sich erkennen, wie es gegenwärtig beim Zentrum innerlich aussehen muß. Auch der Vorgang in der Zentrumskreise des preußischen Landtages, wo einige Zentrumsparteien sich vom Gros losgelöst haben bei der Abstimmung über das Kabinett Braun, ist eine interessante, wenn auch traurige Illustration. Darum muß der Entscheidung, die bei der Neuwahl eines preußischen Ministerpräsidenten am kommenden Freitag gefällt werden wird, in stärkstem Mißtrauen entgegen gesehen werden, soweit das Zentrum in Betracht kommt.

Ein maßgebendes Mitglied des Zentrums teilt dem SPD-Dienst auf Befragen mit: Innerhalb unserer preußischen Fraktion ist die Empörung über den Ausgang der letzten Abstimmungen des Landtages sehr groß. Sie richtet sich insbesondere gegen die drei Abgeordneten Bohn, Baumann und Lehmann, die sich bei der Abstimmung über den Vertrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten und Finanzminister Braun und den weiteren Vertrauensanträgen gegen die anderen sozialdemokratischen Minister der Stimme enthielten. Ein großer Teil der Fraktion — insbesondere die Arbeitervertreter — ist sich inzwischen



# Aus unserer politischen Bildermappe

### Luther dem Zweiten



erscheint bei der Ausarbeitung seiner Regierungserklärung der Teufel.

### Das junge Kabinett.



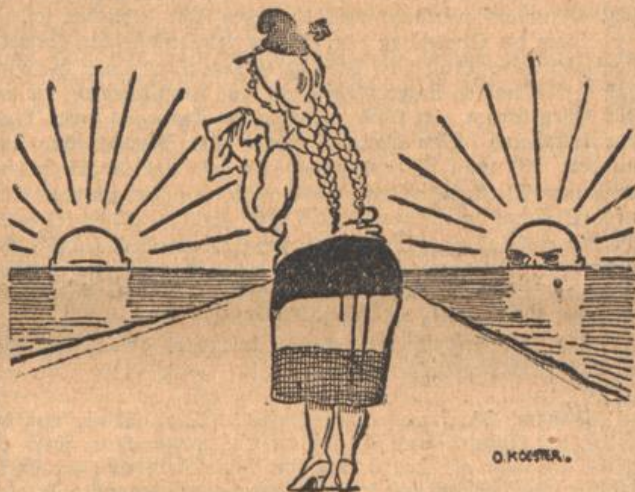
„Uff — eine schwere Geburt! Und sehr lebensfähig steht es auch nicht gerade aus.“

### Das Kabinett Luther ...



als Hüter „unserer auf heidnischen Grundlage erwachsenen Kultur“.

### Gustav, der ewige Wiederkehrer.



Das Fräulein stand am Meere Und leuzte lang und bang, Es rühete sie so lechre Der Sonnenuntergang. Mein Fräulein sei'n Sie munter, Das ist ein alles Stüd; hier vorne geht sie unter Und kehrt von hinten jurüd. (G. Seiner)

### Der Bürger-Bock als Gärtner.



„Um Gottes willen, ihr ruiniert ja die ganzen jungen Anpflanzungen!“

### Der Genießer.



„Großartig — dieser Artikel über den „rosen Sumpf“! Wenn auch morgen alles widerrufen wird — schön war's doch!“

schlüssig geworden, gegen die drei Abgeordneten einen **Ausfallantrag** zu stellen, weil sie die mit Mehrheit beschlossene Fraktionspolitik bewußt und in Erkenntnis des Ausgangs sabotiert haben.

Es ist natürlich äußerst schwer, schon jetzt eine Klärung über den Ausgang der leichtfertig herausbeschworenen Krise zu machen. Aber wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürften die Rechtsparteien ihr letztes Ziel, die Sprengung der bisherigen uns ausgezwungenen Koalition noch nicht erreicht haben. Das wird sich voraussichtlich zunächst bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten zeigen, bei der die Zentrumsfraktion erneut ihre Stimme für Braun abgeben dürfte.

## Zur Krise in Preußen

Für den kommunistischen Mißtrauensantrag stimmten gestern:

- 108 Deutsch-nationale
- 43 Kommunisten
- 45 Volksparteiler
- 11 Nationalsozialisten
- 14 Wirtschaftsparteiler

Eine nette Gesellschaft! Ihr Zahlenbild verdient überall öffentlich angeschlagen zu werden, wo Arbeiter verkehren. Es wird Begeisterung für die SPD. wecken, diese „einzige Arbeiterpartei Deutschlands“.

Zur leichteren Beurteilung der **Möglichkeit** für die bevorstehende Neuwahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag geben wir die folgende Zusammenstellung der Stärke der einzelnen Fraktionen:

- 114 Sozialdemokraten
- 109 Deutsch-nationale
- 81 Zentrum
- 45 Deutsche Volkspartei
- 41 Kommunisten
- 27 Demokraten
- 27 Nationalsozialisten
- 17 Wirtschaftspartei (einschl. O. Land. Landverwalter)
- 11 Nationalsozialisten
- 2 Polen
- 450 Abgeordnete

Die **keine Koalition** aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, aus deren Vertretern nach dem Ausscheiden der

Volksparteiler sich das jetzt zurückgetretene Kabinett Braun zusammensetzte, zählte 222 Abgeordnete; ihr fehlen also nur 4 Stimmen an der absoluten Mehrheit. Alle übrigen Parteien zusammen haben 228 Stimmen.

Die gesamte Rechte einschließlich der Wirtschaftspartei und der Nationalsozialisten — die Rollen kann man ihnen nicht gut zuschreiben — umfaßt 182 Abgeordnete, also 40 weniger als die bisherige Koalition. Das ist die zahlreichste Grundlage für die Verteilung der politischen Mandate in Preußen, wobei als sicherer Faktor gelten kann, daß die Kommunisten gegen jede Regierung in Opposition stehen und bei der Endabstimmung über den Ministerpräsidenten nach Ausschließen ihres Kandidaten wohl für keinen anderen Kandidaten stimmen werden.

## Die Demokraten und die inneren Krisen

Die Reichstagsfraktion der Demokraten hat bei der großen politischen Aussprache, die sich an die Bildung der Bürgerblockregierung Luther-Sirefemann knüpfte, zwei Reden halten lassen, die wenigstens von einem Hauch demokratischen Empfindens berührt waren. Zwar mußte das Fragefeld, das der demokratische Führer Koch mit dem neuen Reichstagsleiter begann, stetig machen, denn es sah stark nach vorheriger Verabredung aus und allgemein ist im Reichstage der etwas gemühte Ton aufgefallen in der Rede des Herrn Koch. Wärmere in den Worten und in der Argumentation entschiedener als Herr Koch, sprach unser Landesmann, Herr Dr. Haas. Und die demokratische Reichstagsfraktion begeisterte sich förmlich an der nicht alltäglichen rhetorischen Leistung des badischen Demokratenführers. Aber dann griff man mit rauher demokratischer Bürgerfaust zum blauen Stimmzettel der **Enthaltung**. Weder „Ja“ noch „Nein“, sondern schwächliche, um nicht zu sagen schmählische Enthaltung. Und das angesichts eines Kabinetts, das ausgesprochen rechtsgerichtet ist, dessen Chef die aggressive Rede des Grafen Westarp ohne ernstlichen Widerspruch hingenommen hat; ferner nach der Behandlung, die Herr Stresemann und die Nationalisten sowohl im Wahlkampf wie auch seither den Demokraten haben angedeihen lassen; das alles angesichts einer so haren Situation, die jedem **Demokraten** lädenlos zeigt, wohin die Reise gehen soll und welches die treibenden Kräfte und Tendenzen sind, die hinter dem Kabinett Luther stehen. Was nutzen, Herr Dr. Haas, schöne Reden, wenn als „Tat“ die Enthaltung folgt? Was Wunder, wenn die deutsch-nationale „Kreuzzeitung“ über die **Demokraten** höhnt:

„Mit der „geschlossenen Opposition“ der Linken steht es sehr schlecht aus. Denn die Demokratische Partei hat durch ihre Stimmhaltung gezeigt, daß sie einfach nicht in der Lage ist, in Opposition zu dem Kabinett Luther zu treten, ohne den letzten Kredit im Lande zu verlieren.“

Angesichts der Haltung der Demokraten ist es begreiflich, daß ein alter Demokrat stöhnend in der „Frankfurter Zeitung“ die Frage stellt:

„Welches ist nun heute die Politik der Demokratischen Partei? Man muß doch Regierungspartei oder Oppositionspartei sein. Aber wie könnte eine Oppositionspartei jögern, bei der ersten programmatischen Abstimmung dem Kanzler ihr Nein entgegenzusetzen? Wie könnte die Opposition es zulassen, daß eines ihrer bekanntesten Parteimitglieder einen der wichtigsten Kabinettsposten akzeptiert? Also nicht Oppositions-, sondern Regierungspartei? Doch auch gegen diese Vermutung scheinen unsere Parteiführer im Reichstage, die Abgeordneten Koch und Dr. Haas, sich entschieden verwahrt zu haben. Ineinander aus dem Bürgerhaude, dem das parlamentarische Wörterbuch vielleicht zu fremd ist, findet sich da nicht mehr zurecht und findet auch in den Reichstagsdebatten keine genügende Aufklärung.“

Herr Koch hat das Verhalten der Demokraten in einer Rede in einem demokratischen Berliner Klub wie folgt zu erklären versucht:

„Solche Krisen ertragen die Rechtsparteien leichter als die demokratischen Parteien, weil sie ihrerseits aus dem Eintritt und der Dauer solcher Krisen Argumente gegen das parlamentarische System schöpfen, während die Demokratische Partei die Gefahr vor Augen sieht, durch solche Krisen das parlamentarische System beim Volke unbeliebt zu machen. So mußte bei der Aussichtslosigkeit, eine Linkskoalition zu bilden, der Kampf um die Regierungsbildung zurzeit abgebrochen werden, ehe die Regierungskrise zur Staatskrise führte. Daraus erklärt sich auch, daß die Demokratische Partei dem Kabinett nicht von vornherein ein glattes Mißtrauensvotum gegeben hat, das — das betonte der Redner wiederholt — die Bildung dieses Kabinetts und damit zurzeit jede parlamentarische Lösung unmöglich gemacht hätte.“

Das Frankfurter Demokratenblatt macht einige treffend biftige Bemerkungen zu der demokratischen Staatsmännerei des Herrn Koch, dagegen glaubt die „Frankfurter Zeitung“, daß nunmehr, nämlich nach der ersten Stimmhaltung das wahre werden wird, was ebenfalls Herr Koch erklärt hat:

„Der Kampf ist nicht beendet. Heute stehen wir in **entschiedener Opposition**.“



Wir wollen es ganz offen sagen: wir warten vorsichtigerweise doch lieber erst Tatsachen ab, ehe wir an die Verifizierung stark zu glauben vermögen. Die Reaktion wird ihre Offensive in noch erhöhtem Maße fortsetzen und sie wird um so ungeschämter werden, je mehr beim Zentrum sich weitere Zeichen der Unsicherheit und des zaudernden Handelns erkennen lassen und je unentschiedener auch die Demokraten sich benehmen. Aber das ist auch zum Ausdruck gebracht: die Tatsache, daß auch bei der Wahl am 7. November die Arbeiterklasse wohl das größte Kontingent der Nichtwähler stellte, daß die Arbeiterklasse politisch gerufen ist, daß noch Millionen von Arbeitern für die Verbrechenspolitik der Kommunisten sich mißbrauchen lassen, hat der Reaktion den Mut und schließlich auch die Kraft zu ihren Vorstößen gegeben.

### Die Unterfuchung der Finanzskandale

Die Sozialdemokratie fordert Unterfuchung in vollem Umfange und weitestgehende öffentliche Behandlung

Der Reichstagsausschuss zur Unterfuchung der Kreditgewährung durch Reichsstellen hielt am Freitag vormittag unter dem Vorsitz des Gen. Saenger seine erste öffentliche Sitzung ab, um sich über die Durchführung seiner Aufgabe schlüssig zu werden. Nichtmin. hatten die beiden Referenten Dr. Flieger (Vater, Sp.) und v. Dörmig (D.M.) vorgeschlag. Dr. Flieger mündlich verläufig die Ausfuchung der Unterfuchung über die Kreditgewährung der Reichsbank, da darüber der preussische Landtag bereits eine Unterfuchung eingeleitet hat. Der Ausschuss sei in seiner Arbeit noch dadurch beschränkt, daß er nicht in das schwebende strafrechtliche Verfahren eingreifen könne. So könnten die in Untersuchungshaft befindlichen Hauptteilnehmer in der Zeit und die besonderen Umstände der Kreditgewährung ausgedehnt werden. Der Ausschuss dürfe seine Unterfuchungen nicht auf strafrechtliche Vergehen beschränken, sondern sie auch auf alle Fälle ausdehnen, die gegen die politische Sanftheit verstoßen.

Der Volksparleiter Engländer trat für die Ablehnung eines von den sozialdemokratischen Ausschussmitgliedern eingebrachten Antrages ein, der eine Ausdehnung der Unterfuchung auf die gesamte Kreditgewährung von Reichsstellen in der Zeitungsperiode forderte. Der Abg. v. Dörmig (D.M.) verlangte Auskunft der Reichsbank über die Kreditgewährung. Gen. Kaufhäuser forderte, daß auch die Fälle behandelt werden, bei denen sich im Laufe der Unterfuchung Zusammenhänge bei der Kreditgewährung mit andern Firmen ergeben. Insbesondere müsse darüber Aufschluß verlangt werden, ob eine Verbindung zwischen Geschäft und Politik bestanden hat und welche Gesellschafungen an Vermittler gegeben worden sind. In der Unterfuchung müßten unter den Reichsstellen auch die Anstalten der Sozialversicherung einbezogen werden, da sie große Geldgeber sind. Außerdem trat Kaufhäuser für weitestgehende Öffentlichkeit der Verhandlungen ein. Gegenüber dem deutschnationalen Bruhn, der die Unterfuchung auf Grund des vorliegenden Zeitungsmaterials beginnen will, stellte der Vorsitzende, Genosse Saenger, fest, daß man sich um klare Ergebnisse zu erzielen, das Untersuchungsmaterial über die Kreditgewährung beschaffen müsse. Gen. Schred verlangte, an die Öffentlichkeit die Aufklärung zu richten, dem Ausschuss möglichst viel Material zuzuleiten, weil gerade die Öffentlichkeit mit unkontrollierbaren Gerüchten und Flugblättern überflutet worden ist. Die Vernehmung müsse auch auf den Abg. v. Graefe und den früheren Abg. Kunze ausgedehnt werden, die behaupten, Material in Händen zu haben. Einen Antrag der Sozialdemokratie, die Unterfuchungen auch auf Warengeschäfte auszudehnen, wünscht die Sozialdemokratie ergänzt durch eine Aufstellung über die Bedingungen und die Zahlungsweise bei diesen Warengeschäften. Schließlich wurden einstimmig Nichtmin. angenommen, die folgendes vorsehen: Von sämtlichen Firmen der Konzerns Autister, Herchel, Warmat und Jakob Michael sollen bestmögliche Auszüge aus dem Handelsregister beschafft werden. Aufsichtsratsmitglieder von Gesellschaften m. b. H., die im Register nicht angemeldet sind, sollen ebenfalls festgestellt werden. Sämtliche Reichsministerien sollen dem Untersuchungsausschuss die Verzeichnisse mitteilen, die für die Verwaltung der Kassenbestände und die vorübergehende Anlage von Geldern maßgebend sind. Von der Staatsanwaltschaft sind Abschriften der Klagen gegen Autister und Warmat einzuholen, vom preussischen Ministerium des Innern sämtliche Akten über die Einreise Autisters aus Weban, der Gebr. Herchel aus Loh und der Gebr. Warmat aus Amsterdan, ebenso vom deutschen Generalkonsulat für die Niederlande und vom Auswärtigen Amt die Akten über die Gebrüder Warmat. Darüber hinaus soll die Reichsregierung dem Untersuchungsausschuss eine Aufstellung zwischen lassen über alle Kredite, die von Reichsministerien, dem Reichsbank oder sonstigen Reichsstellen an die Gebrüder Warmat, Autister und Michael seit dem 1. Oktober 1923 eingeräumt worden sind oder über Kredite, bei deren Gewährung die ganze oder teilweise Verwendung für Warmat, Autister oder Michael verlangt oder empfohlen wurde; außerdem über alle sonstigen Kredite, die seit dem 1. Oktober 1923 von den Reichsstellen gewährt worden sind. Diese Aufstellungen sollen insbesondere Aufschluß geben über die jeweilige Höhe und Art der Kredite, über das Datum der Einräumung und Zurückzahlung der Kredite, über die vereinbarten Bedingungen, über die Sicherheiten für die Kredite, über etwaige Referenzen und Auskünfte, auf Grund deren die Kredite gegeben worden sind, über die Angaben derjenigen beamteten Personen und Parlamentarier, oder sonstigen Personen, die sich für die Gewährung der Kredite verwendet haben, ob und welche Gegenleistungen Vermittler von irgendwem erhalten haben.

### Gegen die Verschöpfung des Getreides

Eine sozialdemokratische Anfrage im Reichstag  
Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat laut einer in der Zeitschrift „Das Gasthaus“ veröffentlichten Mitteilung an den Reichsminister der Finanzen (Geschäftsnummer I, 228) die Verarbeitungen von Getreide zu Branntwein wieder uneingeschränkt zugelassen. Er begründet die Freigabe damit, daß infolge der ungünstigen Witterung im vergangenen Sommer und Herbst größere Getreidemengen nicht mehr zur menschlichen Ernährung verwendbar seien. Dieser Grund würde aber doch höchstens die Freigabe des ungenießbaren Kerns gerechtfertigt haben. — Auch der von dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft angeführte Hinweis, daß eine Vermehrung der Schlemperzeugung notwendig sei, ist nicht stichhaltig, denn es sind Futtermittel genügend vorhanden. Die schrankenlose Freigabe von Getreide für Schnapsdestillationen muß im In- und Auslande als unvereinbar mit der trostlosen Ernährungslage von Millionen unserer Volksgenossen empfunden werden. Noch immer ist Brot notwendiger als Schnaps. Die Förderung des Branntweingenusses durch die Reichsregierung ist aber nicht nur ein Angriff auf Volksernährung und Volksgesundheit, sondern birgt auch die Gefahr einer

Steigerung der Zahlungen Deutschlands an die alliierten Mächte. Wird doch zur Ermittlung des im Dames-Gutachten vorgeschlagenen Wohlstandsindex, der in Zukunft maßgebend für die Reparationsleistungen sein soll, auch der Verbrauch an alkoholischen Getränken und Tabak als Maßstab für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands herangezogen.

Ist die Reichsregierung bereit, aus volkswirtschaftlichen, volkserzieherischen, finanziellen und nationalen Erwägungen die Freigabe der Getreideernte für die Schnapsverzehrung zu untersuchen?

### Die Zustände in der K. P. D.

Aus Bochum wird uns geschrieben: Tolle Zustände müssen in der rheinisch-westfälischen Kommunistischen Partei herrschen. Die Führer beschäftigen sich gegenwärtig der Unterfuchung, des Betruges, der Unfähigkeit und der Verkommenheit. Die sozialdemokratische Presse hat seit längerer Zeit verächtlichst Zustände aus kommunistischen Kreisen veröffentlicht, die sich mit den Bezirksdirektoren der K. P. D. des rheinisch-westfälischen Industriegebietes befassen. So wurde von dem Eisenbahnbanden der Kommunisten in Weisbaden S. H. H. gesagt, daß er sich nur noch durch Lüge und Betrug zu halten vermöge, und daß er alle Eigenschaften des Lumpenproletariats beziehe. Herr Schütz hat diese Beschuldigungen hingenommen, ohne sich zu wehren.

Jetzt wird eine neue Anklage des kommunistischen Parteifunktionärs Graul in Essen bekannt, in der gesagt wird, daß man Graul bei dem „Rauschmittel“ aus der Partei verbannt habe, über die gesamten „Schweineereien“ der führenden Personen zu reden. Graul sagt, daß er zu der Bezirksleitung der K. P. D. jedes Vertrauen verloren habe und seine letzte Hoffnung auf einen Untersuchungsausschuss setze, der von den Funktionären gewählt worden sei, um die „persönlichen Schweineereien“ aus der Welt zu schaffen.

Graul behauptet in seiner Schrift an die Funktionäre, daß der kommunistische Reichstagsabgeordnete Arthur Kötter einen Kriegebescheidigen und zwar das kommunistische Parteimitglied Flormann um eine Ladeneinrichtung beschuldigt habe. Die Parteizeitung hat dafür 1500 M. gestiftet, wofür aber das Geld gekommen sei, wisse man nicht, da Flormann nichts erhalten habe. Weitere schwere Vorwürfe erhebt Graul gegen die Bezirksleitung, die Herren Schütz und Kötter, welche letzterer Landtagsabgeordneter ist. Empfangene Gelder seien nicht abgeliefert worden. Die Durchführung sei beispiellos miserabel. Quittungen seien überhaupt nicht vorhanden. Von seinem illegalen Büro seien Gelder ausgezahlt und von Schütz unterfuchung worden. Während des Streiks im Mai vergangenen Jahres habe man der Bezirksleitung 12 000 M. zur Unterfuchung der Bergarbeiter überweisen, aber kein Pfennig sei für diese Zwecke verwendet worden. Die Funktionäre sollten Auskunft verlangen, wo das viele Geld geblieben sei.

Ueber die Qualitäten des früheren kommunistischen Gewerkschaftssekretärs Waagner heißt es in dem Bericht von Graul, daß er Unsummen unterfuchung und mit Profitierten, die auf das Büro kamen, um Geld zu holen, durcheinander habe. Waagner habe auch diesen Mädchen Illegales und Schmuckstücke entwendet. Als man ihn endlich absetzte, gab ihm die Bezirksleitung noch 70 M., damit er nach Mannheim fahre, um dort eine neue Stellung zu erhalten. Schließlich sagt Graul, es sei merkwürdig, daß gegen den Reichstagsabgeordneten Schütz nichts unternommen worden sei, trotzdem daß die Beweise zuträfen und die Angriffe berechtigt gewesen seien, welche die sozialdemokratische Presse gegen den Spitzenbanditen erhoben habe.

Die Anklageschrift des Graul bedient sich eines stinkenden Sumpfs fürchterlicher Korruption.

Bochum, 21. Jan. (Eig. Bericht.) Die „Meinung“ der K. P. D. des Ruhrgebietes setzt sich auf der ganzen Linie fort. In Bochum ist am Sonntag eine Bezirkskonferenz der K. P. D., die sich ausschließlich mit inneren Parteiangelegenheiten befaßte. Von einzelnen Funktionären wurde berichtet, daß die Volkswirtschaft der Partei im Bezirk große Fortschritte gemacht hat. Trotzdem war die Zahl der Trozkisten im Ruhrgebiet so groß, daß sie ein Drittel der Partei ausmache, eine rechte und eine linke, die sich gegenseitig bekämpfen. Die Konferenz beschloß, die Bezirksleitung „abzugeben“ und eine neue Bezirksleitung zu wählen. Angenommen wurde ferner eine Entschärfung gegen den Trozkismus. Mit Genugtuung wird festgestellt, daß die russischen Parteiparteien die neuesten Fortschritte der Trozkisten gegen den bolschewistischen Geist und den Leninismus mit großer Energie zurückgewiesen haben. Die Bezirkskonferenz herab, daß der Kampf gegen den Trozkismus mit der gleichen Energie geführt wird und zwar gegen die großen wie die kleinen Brandler und Tschelimer, gleichmäßig, welche Funktionen sie bekleiden. Die Bezirkskonferenz verlangt schließlich von der neuen Bezirksleitung des Ruhrgebietes, daß sie energisch und unerbittlich den Kampf gegen alle opportunistisch trozkistischen Tendenzen führt.

### Aus der sozialistischen Partei Frankreichs

Paris, 24. Jan. (Eig. Bureaubl.) Die Resolutionenkommission des sozialistischen Parteitages des Seine-Departements konnte sich nicht auf einen einheitlichen Beschluß einigen, so daß dem am 1. Februar stattfindenden Parteitags zwei Entschlüsse vorgelegt werden. Die dem linken Flügel angehörige Mehrheit der Kommission unter Führung von Braude behauptet in ihrer Entschlußnahme, daß die sozialistische Kammerfraktion in der Unterfuchung der Politik Serriots zu weit gegangen sei, daß sie lediglich die Verurteilung der Reaktion, das Ministerium Serriot zu fällen, hindern wollte; statt dessen sei sie zu einem ständigen Bestandteil der Regierungsmehrheit geworden. Die Minderheit der Kommission glaubt dagegen, die bisherige Politik der sozialistischen Kammerfraktion unterstützen zu können und fordert lediglich eine raschere Durchführung der von der Arbeiterklasse erwarteten Reformen. Auch über die Taktik bei den kommenden Gemeindevahlen konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Entschlußnahme des linken Flügels auf dem Parteitags eine Mehrheit erlangen wird, doch darf daraus nicht gefolgert werden, daß dies auch auf dem vom 8.—12. Februar in Grenoble stattfindenden Gesamtparteitag der Fall sein wird.

### Aus dem Freistaat Baden

Die Offenburger Eisenbahnwagen-Reparaturwerkstätte

Aus Offenburg wird berichtet: Der Abbau der Offenburger Wagenreparaturwerkstätte findet nunmehr

eine merkwürdige Aufklärung. Bekanntlich sind am 31. Dezember v. J. in Offenburg 140 Eisenbahner, die in der Wagen-Reparaturwerkstätte beschäftigt waren und die Güterwagen für fast sämtliche oberbadische Stationen wieder instand setzten, plötzlich entlassen worden. Wie nun bekannt wird, hat eine andere Reparaturwerkstätte in Baden die beschädigten Wagen in andere Klassen, als die voraufgeführten Richtlinien es festlegte, eingeteilt und dadurch darauf hingewirkt, daß die Offenburger Eisenbahnreparaturwerkstätte als unrentabel hingestellt wurde.

Es zeigt sich aber nunmehr nach der Statistik für den Monat Dezember, daß während in dieser Wagenreparaturwerkstätte von 380 Arbeitern in 4 Wochen im Dezember in 21 Arbeitstagen 393 Wagen repariert wurden, in Offenburg von 128 Arbeitern 328 Wagen abgeleitet worden sind. Die Offenburger Eisenbahnarbeiterchaft ist über die Vorgänge aufs äußerste empört. Man versucht, zu erreichen, daß die Wagenreparaturwerkstätte, die technisch hervorragend eingerichtet ist, wieder in Betrieb genommen wird.

4. Ein völliger Fackelzug. Anlässlich der Reichsgründungsfeier in Freiburg a. B. veranstaltete die Freiburger Studentenschaft einen Fackelzug, an dem sich fast alle studentischen Vereinstagungen, ferner aber auch der Jungdeutsche Orden und der Wikingia-Bund beteiligten. Dabei kam es zur Abtötung von Viedern, welche nicht die Zustimmung aller Teilnehmer fanden. Eine von dem „Alta“ (Allgemeiner studentischer Ausschuss) einberufene Versammlung der Studentenschaft nahm zu der Angelegenheit Stellung. Dabei wurde besonders scharf die Verurteilung gegen die Ausschreitungen ausgesprochen. In der Verurteilung der Entlassung waren sich die Vertreter aller politischen Gruppen einig, auch die des Hochschulfürings. Es gelangte mit großer Mehrheit folgender Antrag des Ausschusses der Studentenschaft zur Annahme. Der „Alta“ stellt fest, daß er mit dem vom Hochschulfüring deutscher Reichsanstalten Fackelzug vom 17. Januar anlässlich der Reichsgründungsfeier nichts zu tun hat. Er verurteilt die dabei vorerwähnten Ausschreitungen und erklärt, daß der Hochschulfüring deutscher Reichsanstalten die alleinige moralische Verantwortung trägt. — Die jugendlichen und Bildungswürdigen müssen es schon toll ertragen haben, wenn selbst Studenten in solch scharfer Weise dagegen zu protestieren sich genötigt sehen.

### Aus der Partei

#### Aus der Nordostmark

Am Freitag abend sprach Genosse Wg. Schöpflin in einer Volksversammlung in Könnigsberg in Ostpreußen. Die Versammlung, die im Messepalast tagte, hatte einen ausgezeichneten Besuch aufzuweisen und nahm einen vorläufigen Verlauf. Von besonderem Interesse für die Besucher war es, in der Nordostmark des Reiches einen parlamentarischen Vertreter aus der Evidenz des Reichs zu hören. Obwohl die Kommunisten, die in Königsberg eine ziemlich starke zu erreichen vermochten, zahlreich anwesend waren, machten sie von der freien Aussprache keinen Gebrauch, ebensowenig auch Vertreter der bürgerlichen Parteien.

Lebensgeschichte eines Revolutionärs. Wir haben zwar eine Revolution gehabt; aber vielleicht haben die recht, die halb wach, halb irrenhaft meinten, daß es uns an Revolutionen gefehlt habe. Die alte Garde war, als der November 1918 Sturm geladen kante, schon fast gelähmt. Aber die Geschichte steht still und bereit, ist alles. Darum bedarf es kaum einer Rechtfertigung, wenn wir, die um Recht und Freiheit immer wieder kämpfen müssen, uns auch immer wieder auf die großen Revolutionäre beziehen. Einer dieser Revolutionäre, einer dieser großen Hasser und Stürmer ist vor kurzem gestorben: Barbus. Ihm hat jetzt Konrad Haenrich in einer kleinen Schrift (Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68) ein Denkmal zwischen den Schladten gesetzt. Wir erleben noch einmal den Genossen Barbus, wie er gab und besaß, mit allen Mitteln immer das große Ziel der Befreiung des Proletariats suchend, mit den Mächten der Reaktion ringt, wie er allen Verfolgungen der preussischen Mittel sich zu erziehen vermag und dennoch unermüdet die deutschen Arbeiter mobilisiert; wir sehen ihn in gefährlicher Schlacht gegen den Barbus, 1906, im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat, bald gefangen, bekräftigt, nach Sibirien transportiert und dennoch halb wieder die Höhe der Revolution aufzuerteln. Die kleine Lebensgeschichte von Haenrich ist eine wertvolle Schrift. Mit keinem Wort verläugnet Haenrich, mit jeder Zeile bekennt er, daß er, heute Regierungsrat, ein Revolutionär war, und daß der neue Staat, dem er heute dient, durch die Revolution geworden ist.

### Gewerkschaftliches

#### Aus der Metallindustrie

Schiedspruch in Mannheim  
Der Schiedspruch in der Metallindustrie Mannheim und Ludwigs haben enthält u. a. folgende Bestimmungen: Der Gehalt des gelerntem Facharbeiters erhöht sich von 68 auf 66 Pfennig. Der Affordindemultiplikator von 68 Pfennig erhöht sich auf 66 Pfennig. Die Parteien haben sich über den Schiedspruch noch nicht schlüssig gemacht.

Eine freie Vereinbarung in der Singener Metallindustrie  
In der Metallindustrie in Singen a. B. hat die Arbeitergewerkschaft den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses angenommen, der ab 15. Dezember 1924 für alle Gruppen eine Lohn-erhöhung von einem Pfennig und vom 1. Februar ab eine solche um vier Pfennig zu der Stunde bestimmte, abgesehen. Nachdem die Verbindlichkeitsklärung durch den Landesschiedsrichter abgelehnt wurde, mußte eine freie Vereinbarung getroffen werden, derzufolge mit dem 19. Januar eine Lohn-erhöhung von drei Pfennig eintritt.

In jener heutigen Ausgabe liegt die Sonderbeilage „Urania“, Werbelatt für die Monatshefte Urania bei. Wir machen unsere Leser ganz besonders darauf aufmerksam und bitten zugleich, von einem Abonnement Gebrauch machen zu wollen. Die „Urania“ bietet auf allen Gebieten des Wissens, besonders aus Natur und Gesellschaft, reichen Stoff und kann ohne Ueberzeitung als der „proletarische Kosmos“ bezeichnet werden.



# Unterhaltung und Belehrung

## Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Linnankoski

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Rimpiläinen, ein jungfertiger Hofbesitzer, konnte der Versuchung nicht widerstehen, die taoständischen Männer ein wenig auszuforschen.

„Seien Sie willkommen, und Glückauf!“ sagte er, höflich den Hut lüftend. Da wir Nachbarn sind, möchte man gern wissen, wie von Ihnen beiden denn der naive Gutsherr ist.“

Er legte einen besonderen Nachdruck auf „Herr“. Die Nachbarn wandten sich mit einem verhaltenen Lächeln im Augenwinkel herum.

„Unter uns ist ja gar kein Herr,“ schmunzelte Lutela, langsam die Haare über dem Ohr am Mützenrand zurückstreifend. Auch er legte einen besonderen, leicht ironischen Nachdruck auf das Wort „Herr“ und warf zugleich einen vielstimmigen Blick auf den Spazierstock in Rimpiläinen's Hand.

Die Savolaxer zogen die Augenbrauen hoch; oh! Und Rimpiläinen, der merkte, daß die Alten auch nicht aus Altköhen geschritten waren, wie es beifällig schien, lenkte geschmeidig ein:

„Bauern sind wir ja hier alle — ich meine bloß, wär' eigentlich der Herr ist.“

Von der Wittichkeit verließen wir alle ein bißchen — im Güterzug kommen noch zwei...“, fuhr Lutela mit wohlwollendem Lächeln fort. „Aber wir Aelteren haben Gedacht, zuerst Hand anzulegen!“

„Verteufelt gut gesagt!“ freute sich Resitalo insgeheim.

„Also paarweis, also paarweis,“ lachte Rimpiläinen. „Na, willkommen, und kummern Sie mal auf 'ne Pfeife Tabak!“

Einige gingen weg, die meisten aber blieben noch, um zuzusehen und abzuwarten.

Der Güterzug, den der Personenzug auf der vorhergehenden Station überholt hatte, traf sofort ein.

„Kommt, Jungens, und streck euch ein bißchen die Beine aus, während sie unsere Wagen dort auf die hintere Spur schieben,“ sprach Lutela geschäftig, mit den Frachtdiebstehlen in der Hand.

Die Burtschen blähten etwas unsicher auf die Menschenmenge, kamen aber doch. Hanna allein blieb noch bei dem Vieh im Wagen.

Es war den Burtschen seltsam, nahe bei der mustern den Menge aus und abzugehen. Da war eins und das andere, was sie gleich gewissermaßen zu quälen begann. Sie schienen so schlant und biegsam, diese Savolaxer, sie gingen auch in ihren weichen geschmeidigen Schuhen so geschmeidig einher, daß ihnen ihre didelbohten taoständischen Stiefel mit einmal plump und schwer vorkamen. Dann der spärliche Klang der Rebe und die flüchtige Leichtigkeit der Unterhaltung — in all dem war etwas Herrenmäßiges. Dann die Blicke und das Lächeln, und als sie noch einige laden sahen, da fühlten sie sich dumm und ungehobelt und wurden schlechter Laune.

„Kommen sie denn nicht endlich mit den Wagen?“ sagte Viktori, Lutela fast ansahend.

„Nun nun, es wird bald so weit sein,“ erwiderte Lutela, sich zu ihnen gesellend. „Nur keine Eile, Jungens,“ lächelte er mit seinem stillen Lächeln. „Wir werden auch schon noch laden, wenn wir erst an den Aker herankommen!“

Das tröstete die Burtschen ein wenig. Sie gingen nach dem Pumpenhaus zu.

Lutela aber lächelte immer noch und spazierte dahin, die erloschene Pfeife in der Hand, mit unten gerade abgeschrittenem Haar und schlauer Miene wie ein wohlwollender Scheunenbold inmitten der Menschenmenge, und im Scherz zwinkerte er manchmal den Savolaxern zu. Er sprach mit Resitalo, dem Stationsvorsteher und dem Stationsdiener, gab den Frauen der Tagelöhner, die beim Treiben des Viehes helfen sollten, Anweisungen — alles leise, mehr durch einen Blick als durch Worte. Der Alte erschien auch den Savolaxern nicht uneben.

Nachdem der Zug schließlich abgefahren war, konnte man sich an das Umzugsgut machen.

Das Vieh, der langen Reize überdrüssig, legte sich in Trab, so daß der ein paar Zoll tiefe erste Schnee mit dem Ries in der Luft herumflog. Dort liefen die Tagelöhnerfrauen, Hanna und die Burtschen, dort kreuzten sich die Savolaxer und die taoständischen Zurufe in dem eiligen Durcheinander.

Resitalo und Lutela trugen für die Pferde Sorge, die übrigen Sachen mußten bis morgen bleiben.

Lutela war guter Laune, während er hina vor den prächtigen Braumwagen spannte. Er glaubte sich gleichsam schon mit den Deckflächen vertraut und nickte fast wie ein alter Bekannter mit dem Kopf, als er an den von der Station aufbrechenden Savolaxern vorbeifuhr.

Am Eingang zum Zaunweg des Gutshofs machten die Ankömmlinge für einen Augenblick Halt, schauten nach dem Gehöft und befreuten sich; da beginnt es nun! Nachdem die Kühe angeleitet und die Pferde im Stall untergebracht waren, nahmen sie noch eins und das andere vom Wagen. Auch die alte Frau war auf den Hof gekommen, um nach ihnen zu sehen und sie zum Einzugsstiege zu rufen.

„Was fehlt denn der Hefta?“ fragte Lutela warm das Mädchen, das mit hängendem Kopf etwas zur Seite stand.

„Hier ist ja nichts wie in Tavastland!“ sagte sie mit weinerlicher Stimme und ließ den Kopf noch tiefer sinken.

„Nur ein bißchen,“ tröstete Lutela leise. „Bald haben wir uns hier mit vereinten Kräften ein Stiel Tavastland geschaffen!“

Er bemerkte zu seiner Bewunderung, daß auch alle anderen niederschlugen und stumm waren — wie wenn sie sich in ihren Gedanken verloren hätten und gar nicht hineingehen wollten.

„Donnerwetter, quid mal, wie sich die Erde dort gesenkt hat!“ rief er, nach dem nebenstehenden Spelcher lebend. Dann rieb er sich mit scherzendem Eifer die Hände, wie wenn er zupacken wollte, und fügte hinzu:

„Was meinst du, Resitalo, wollen wir sie nicht gleich heben, um uns warm zu machen?“

Alle begannen zu lachen.

„Vielleicht lassen wirs doch bis morgen früh — oder wenigstens, bis wir Kaffee getrunken haben!“ lachte Resitalo.

In das Lachen stimmten auch die anderen und begaben sich, erleichterten Herzens, lebhaft redend hinein.

(Fortsetzung folgt.)

## Für und wider Vubitopf

Zu einem Preisausschreiben von Troil

Die Wochenchrift des Frankfurter Verkehrevereins hat Frankfurter Künstler und Künstlerinnen um ihre Meinung über den Vubitopf gebeten. Viel Geistesreiches ist dabei nicht herausgekommen. Ein Regisseur eines Frankfurter Theaters meinte sogar iphigont: „Der Vubitopf ist wie eine Strohhöhle: kurz und bequem. Ich für meine Person bevorzuge das Auto.“ Was diese vergleichende Bildsprache besagen soll, ist mir schleierhaft. Strohhöhlefahrt soll kurz und bequem sein. Das hängt doch von der Entfernung ab. Und ob der Wagen hüpfend fährt ist oder nicht. Diese männliche Ephyra, dieser mysteriöse Buddha im Auto sollte einmal jeden Tag früh um 6 Uhr (bei 20 Grad Kälte!) sechs Kilometer weit im ungeheizten Wagen mit dem Kaffeefläschen in der Hand zur Arbeit fahren; dann würde ihm die Fahrt nicht kurz und bequem vorkommen. Besonders dann nicht, wenn die Wagen dicht besetzt sind und die Nachbarn bei jeder Gleiskurve sämtliche Beine (plus Stühleraugen!) mit genossenen Stiefeln bearbeiten. Diese „Beborugung des Autos“ soll doch wohl heißen, daß Dir, Herr Regisseur, die langen Frauenhaare lieber sind. Sind nicht diese vergleichende Gegenüberstellungen? Ja, humpelt sie nicht auf bölgerner Gebirgsstraße. Ist eine normal verlaufene Autofahrt für die nächste Strecke nicht noch kürzer und noch bequemer als die Strohhöhlefahrt beim Vubitopf? Autofahrt wäre also nicht mehr Vubitopf, sondern „Stiefelkopf“ (mit Haarfleckenmaßnahme 1/2 Millimeter).

Das klingt fast überabartig! Superexpressionistisch! Sie sind doch sonst nicht so, Herr Regisseur!

Doch kann man einer solchen lähmen Äußerung mildebernde Umstände ohne langes Grübeln zufügen. Auf eine überflüssige Frage gehört eine entsprechende Antwort.

Die meisten anderen „Beantworter“ ziehen sich mit dem degenerierten, abgelebten, falschen Sprichwort „Lange Haare, kurzer Verstand“ aus der Memme.

Das ist natürlich auch falsch. Hätte dieses Sprichwort seine Richtigkeit, dann müßten Glaspötte (à la Stresemann) die klügsten Köpfe sein. Was nicht, um Arrivierten vorzugeben, mit „hellsten Köpfen“ gleichbedeutend ist. Die hellsten Köpfe sind ohne Zweifel die „Glaspötte“, besonders dann, wenn sie „frisch gebohrt“ sind und „hübsch“ unter einer 100fährigen Caramelmasse liegen.

Und bei der Belegung der wichtigsten Ämter im Staate müßten die entscheidenden Kommissionen persönliche Vorstellung der Kandidaten verlangen und kommandieren: „Selm ab zum Gehse!“ Nur die „Glaspötte“ hätten dann Aussicht, in die engere Wahl zu kommen. Wie herzlich einfach wären dann die Senatorenwahlen!

Je mehr das Sprichwort von den langen Haaren und dem kurzen Verstand für alle Menschen zuträfe, müßten alle Wonnabereitungen unterliegen. Ich, Anna Galttag, mit 1 Meter 60 langem Haar“ müßte Rechte bezug Geschäftsaussicht anfangen. Nicht „Haardringmittel“, sondern Glase erzeugende Mittel hätten Haufe.

Helratsannoncen kauflicher, nicht Klosterreifer Jungfrauen lauten: „Herr mit größtmöglicher Glase usw. zwecks Heirat gesucht.“

Man könnte endlos fortfahren in der Variation über dieses Sprichwort. Koffararbeiten mit viehstirnigen Vogen Inhalts wären zu schreiben. Und Missgebemata für obere Gymnasialklassen und „Höhere Lehrstühle“.

Studienräte laßt die Mezzies (günstige Gelegenheiten) nicht an euch vorbeischießen!

Aber ein Wichtiges haben die Fragesteller vergessen? Jedes Ding hat auch seine rein wirtschaftliche Seite! „Seute vom Bau“ (in diesem Fall nicht vom Theater!) hätte man fragen sollen. Ich habe dies nachgeholt! Es sind folgende Antworten bei mir eingegangen:

Friseurmeister Brenneisel schreibt: „Vubitopf... eine herrliche Angelegenheit. Ich, meine Frau, meine fünf Behringe (Wollen habe ich keine, weil sie Lohm verfangen!) kommen gar nicht mehr aus dem Damenhaarschneiden und -andulieren heraus. Geschäft geht glänzend! Vubitöpfe müßten mindestens alle acht Tage ansetzen (für nebenbei Theaterfreier, daher meine literaturkenntnis). Werde in nächster Sitzung der Innung den Antrag stellen, bei Reichspräsident vorstellig zu werden, Vubitopf durch Gele für alle Frauen und Jungfrauen der deutschen Republik obligatorisch zu machen. Wir deutschen Friseur müssen bei Wahlen nur die Kandidaten, die für das Vubitopf-Gesetz mit aller Energie eintreten. Westary von den Deutschnationalen und Stresemann von der Volkspartei haben bereits uns deutschen Friseuren Ehrenwort für ihr Einsetzen für unsere Forderungen gegeben. Wir deutschen Friseure konnten aber noch nicht zusagen, da das Ehrenwort der beiden Parlamentarier für „Nichtumfallen“ noch aussteht! Ich schließe mit dem Ruf: „Hoch der Vubitopf! Außer mit den langen Haaren!“

Kammerjäger Lauffkopf: „Vubitopf ruiniert für unieren Beruf! Wo sollen in Zukunft „Riffen“ misen? Geschlecht muß der Unsig mit Juchhans bestrot werden. Wieder mit dem Vubitopf!“

Zum Schluß noch das Urteil des Herrn Staatsbeamten Scharfrichter G. aus Wadburg: „Ich bin für den Vubitopf mit ganzem Herzen. Er erleichtert mir ungemein die Ausübung meines Berufs.“

Die Wassnahl müde für heute genügt! Man hätte schließlich auch noch dem Mundfragesteller selbst, Frankfurter Verkehreverein, fragen sollen. Die Fassung des Vereins hätte sicherlich geantwortet: „Der Vubitopf dient dem Verkehre!“

Weil ich im Vorhergehenden tollföcher wußte, daß mir diese Antwort guttun würde, habe ich mir die 6 Pfennige Porto nebst Briefpapier erspart.

## Theater und Musik

Badisches Landestheater

Haut. In der Titelrolle von Goethes Faust stellte sich Herr Kandi vom Oldenburger Landestheater vor, um in den Verband des hiesigen Schauspiel-Ensembles aufgenommen zu werden. In der Faust-Rolle findet ein Schauspieler vollauf Gelegenheit, durch die Verehrtheit des Wortes, des Tones und der Gebärde die ganze Stala der Empfindungen, des Einfühlens, des Mitlebens zu veranschaulichen. In manchen Faustszenen ist es aber auch lediglich die Sprechkunst, von der die Gestalt ihre Wirkung bezieht und in dieser Kunst, in der Fähigkeit, das Gedankliche klar, schön und überzeugend zu zergliedern, zu unterstreichen, mit der Geste noch besonders zu untermalen, hat der Gast neben wohlgelegenen, fesselnden Momenten, aber auch matte, müde Stellen gezeigt. Herr Kandi bringt eine gute Bühnengehalt mit. Sein Organ hat Wohlklang, zwar nicht jenen natürlichen Wohlklang, der das Herz durch seinen musikalischen Klang erweckt, sondern der durch Pflege und Studium angenehm anspricht. Seine Vortragsweise ist gewissermaßen Herr Kandi spricht gutes Bühnendeutsch, frei von Dialektfärbung. Was aber die übrige Faust-Verlebensigung betrifft, liegt das was die Persönlichkeit an, die da aber dort hätten zum Ausdruck kommen müssen. Die Szenen, die am stärksten wirken, waren jene, in denen der Gast verständnisvoll den Grundzug wehmütiger Resignation weich gedämpft und gut registriert festhielt. Herr Kandi als Mephisto hat zu sehr aus dem Rollen geschäft. Die Blässe des Randföhen Fausts mag vielleicht von dem zu stark belichteten Hünnerschen Mephisto herühren. Die Mitglieder der Volksbühne hingen mit atemloser Spannung an jedem Wort, das oben von der Bühne gepredigt wurde.

## Konzerte

Frei Post gab unter Mitwirkung seines Bruders Hermann Post einen wohlgelegenen Karnevalabend in dem gut besetzten Saale des Künstlerhauses. Die Harfe ist ein uraltes Instrument, ist aber mehr und mehr in das Orchester hineingebürgert worden und hat wenig Bedeutung und Pflege als Soloinstrument gefunden. Zwei Ursachen dürften diesen Umstand bedingt haben: Zunächst hat das Instrument wenig Ausdrucksstärke und kann den Ton zu sich nicht festlich heben, wie etwa die Violine; dadurch wirken die Vorzüge — sie mögen wie an diesem Abend durch fabelhafte Technik noch so blendend sein — auf die Dauer doch langweilig, oder, wenn man will, einformig. Die zweite Ursache, daß für die Harfe keine wertvolle Literatur existiert. Ich hörte die Ballade, die Barcarole und die Legende von Fabel und die Sonate für Violine und Harfe von Spohr, der hier die besten Ausföchten gehabt hätte. Baumeister zu werden, so wenig ist ihm eingefallen. Frei Post ist wie sein Bruder Hermann durch erfolgreiche Lehrtätigkeit und durch eigene Konzerte bekannt. Die Institution, die auch ihrem Konfervatorium die Türen auf eine Zeit hinaus schloß, führte ihn als Harfenmeister zu dem Verbanne des Landestheaters in Stuttgart. Wie oben angedeutet, ist er ein Virtuose auf seinem Instrument und begeisterte die Hörer. Auch sein Bruder Hermann Post hatte in dem ungelungen sporigen Spohr Gelegenheit, sein bekanntes geistreiches Können voll einzusetzen. Die beiden Karlsruher Künstler hielten sehr guten Besuch.

Kompositionenabend Victor Engel fand in breiten Reihen über dem Programm, das ich auf dem Wege von dem Karnevalabend im Künstlerhaus nach dem Saale der Handelskammer nach überflog. Engel, der Name ist nicht fremd; die Revolution ließ ihn über die russische Grenze zu uns flüchten. Auch in Verbindung mit einer Wobekdjan wurde er genannt. Es hieß, er habe die Kunst zu jenem „Wein Top ist Negersbraun“ gemacht. — Lydia Engel spielt die an dritter Stelle stehenden kleinen Klavierstücke. Wie schon interessiert zu, ohne uns allerdings irgendwie tiefere Gedanken darüber zu machen, es ist ehelich empfunden, es ist geläufige Musik in kleinen ansprechenden Formen gegossen. Dann erscheint das Dur für Violine und Bratsche, ein Werk, das schon einige stärkere Qualitäten hat und Engel als unumwundelt Begabten zeigt. Früher liegen die darauffolgenden Lieder, die von Rudolf Balke gelungen wurden. Des weiteren machen sich um den von viel Beifall begleiteten Abend verdient: Tude Henkel, die Liebeslied für Sopranlieders einseitig, Koncertmeister Hugo Mar Voigt und der gewandte Kammermusiker Hugo Büttke. Frau Lydia Engel war die berufene Interpretin der kleiner Klavierstücke ihres Gatten.

Das Schachfest-Quartett aus Leipzig kam in der Reihe der Kammermusikabende der Angeredirektion Kurt Reufeldt zu Gehör. Aber wir nicht, so brachte uns diese Vereinigung bei ihrem ersten Erscheinen eine nachteilige, auch oberflächliche Meinung von Hermann Gershen. Ihr Abend am Donnerstagabend in dieser Hinsicht gabmer. Er fing bei dem Klavierquartett in G-moll von Mozart an, ließ über das populäre d-moll Streichquartett von Franz Schubert und beschloß den schönen und reichen Abend mit dem Adur Streichquartett von Johannes Brahms. Sie können sich hören lassen, die Herren Heinrich Schachtel, Albert und Alfred Wahst und Erich Wäghel, erfüllten sie doch die Grundforderungen allen streng künstlerischen Ensemblespiels. In den beiden Außenwerken trat Auguste Schachtel-Soroder hinzu. Sie ist eine gewandte Kammermusikerin mit reizendem, in allen Stärtegraden wohl bleibendem Anschlag. Für diese Konzerte ist es charakteristisch, daß regelmäßig die wenigen vorderen Reihen besetzt sind, die weite Mitte leer, der Rest und die Galerien überfüllt sind. Ob sich diese hohen Preise, die zunächst durch die hohen Forderungen der Künstler selbst bedingt sein dürften, halten lassen, ist die Frage in allen Musikstädten. Darüber einiges ein andermal.

Theaterkulturverband. Vortrag v. d. Frau M. K. Die heilige Johanna von Bernard Shaw. — Der Theaterkulturverband hatte zu einem literarischen Abend eingeladen, dem auch erfreulichermasse Folge geleitet wurde, sodah der Saal der Vier Jahreszeiten voll besetzt war. Herr Staatschauspieler v. d. Frau M. K. las das Drama des großen englischen modernen Dramatikers und Sozialisten Shaw, in dem er — freilich in ganz weisensprechender Weise wie Schiller — die Tragödie der „Jüngling von Orleans“ behandelt. Das Shaw'sche Drama ist eine geistvolle Verlesung einer Innenge von Einstellungen auf die elue Tatföde: Johanna, Kirche, Englands, Frankreich sind die drei großen Gegenpieler; sie zerfallen in eine ganze Reihe von Wredungen durch die stark typisierte und doch menschlich nahe, verschiedenen Persönlichkeiten. Jede Person des Stückes ist eine Welt für sich; wie sie aufeinander, gegeneinander, miteinander reagieren, das ist ganz glänzend gekonnt. Schade, daß man es hier nicht auf der Bühne des Landestheaters sehen darf. Aber es sind offenbar zu viele Wahrheiten über die Kirche dein...



### Südwestdeutsches Sängerefest des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes Gau Baden

Die Gaugangung des badischen Arbeiter-Sänger-Bundes hatte beschlossen, im Jahre 1925 ein Gaufest abzuhalten; die Wahl des Ortes wurde der Gauleitung überlassen. Diese beschloß vor einiger Zeit, das Fest in Mannheim abzuhalten. Eingetretene Schwierigkeiten machten es jedoch unmöglich, das Fest in diesem Jahre in Mannheim zu veranstalten, es mußte ein anderer Ort gewählt werden. Die Gauleitung beschloß nun, das Arbeiter-Sängerefest in diesem Jahre in Karlsruhe abzuhalten.

Zur Vorbereitung der Vorarbeiten zu dem Feste hatte die Gauleitung, die Bezirksleitung des Bezirks Karlsruhe, die Leitung des Karlsruher Sängerefestes sowie die Vertreter der einzelnen Arbeiter-Sängerevereine in Karlsruhe zu einer Besprechung eingeladen, die letzter Tage stattfand. Die Zusammenkunft war sehr gut besucht, die Leitung des Gau-Bundes des Bezirks und des Karlsruher Sängerefestes war vollständig erschienen, sämtliche Vereine hatten Vertreter entsandt. Namens der Gauleitung sprach der Gauborherr, Stadtrat Dr. Töpfer-Karlsruhe über die bisher getroffenen Vorbereitungen zum Feste und über das von der Gauleitung entworfene provisorische Programm. Darnach soll das Fest unter dem Namen „Südwestdeutsches Sängerefest des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes, Gau Baden“ am 4. und 5. Juli dieses Jahres in Karlsruhe stattfinden. Die Abhaltung an Pfingsten, wie ursprünglich geplant war, ist nicht möglich, da zu dieser Zeit in Karlsruhe ein süddeutsches Sängerefest stattfindet.

Das Programm des Festes sieht folgende Veranstaltungen vor:

**Samstag, 4. Juli:** Empfang der auswärtigen Vereine. — Abends Festbankett in der städtischen Festhalle, bestritten von den Karlsruher Vereinen.

**Sonntag, 5. Juli, vormittags 10 Uhr:** In der städt. Festhalle, dem städtischen Konzerthaus oder der städtischen Ausstellungshalle und wenn nötig noch in einem weiteren Saal: Vertuningsfest.

Um 1/2 12 Uhr großer Festakt in der Festhalle unter Mitwirkung des Orchesters des Landestheaters, des Sängerefestes und der Volkshochschule-Karlsruhe. Dieser Festakt soll der Brennpunkt des ganzen Festes sein. — Nachmittags: Fortsetzung des Vertuningsfestes. — Abends: Stadtgartenfest mit Feuerwerk.

**Montag, 6. Juli:** Vormittags 11 Uhr: Konzert der Mannheimer Volkshochschule. Vortrag eines großen Chorwerks.

Dieses vom Gauborherrn Töpfer vorgelegte Programm fand nach kurzer Ausdrucks- und feiner Annahme. Es dürfte sich also in dem weitestgehenden Maße abwickeln. Im weiteren wurden dann die verschiedenen Ausschüsse gebildet, die die Einzelarbeiten zur Vorbereitung des Festes zu leisten haben.

Das Fest wird sicher eine gewaltige Kundgebung für die Sache des Arbeiter-Sängerefestes werden. Neben den weit gegen 150 badischen Arbeiter-Sängerevereinen werden als Gäste Vertreter der Pfalz und aus Württemberg erwartet. Die Arbeiter-Sänger werden zeigen, wie sie trotz aller Not der Zeit, dennoch Zeit und Mühe fanden, um den Gesang zu pflegen, der Kunst zu dienen. Die Karlsruher Arbeiter-Sänger werden stolz sein, ihre Arbeitsbrüder und Sangesgenossen von nah und fern in der badischen Landeshauptstadt begrüßen zu dürfen, sie werden bemüht sein, ihnen den Aufenthalt in Karlsruhe so angenehm wie möglich zu gestalten.

Für die Arbeiter-Sängerevereine heißt es nun, an die Arbeit zu gehen, sich zu rüsten zum Vertuningsfest. Die näheren Mitteilungen werden den Vereinen nächstens zugehen. Es ist Pflicht eines jeden Gaubereins, am Gaufest teilzunehmen. Deshalb Sangesgenossen in Stadt und Land: Rüstet zum süddeutschen Sängerefest des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes, Gau Baden.

Es wurden folgende Ausschüsse gebildet: Wohnungsausschuß, Vorsitzender Stadtrat Schwepdt; Kreisausschuß, Vorsitzender Redakteur Hermann Winter, „Volkshochschule“, Vorsitzender Riedmüller; der Hauptausschuß besteht aus den Vorsitzenden der Einzelausschüsse, der Gauleitung, dem Bezirksvorsitzenden und einer Anzahl Vertreter der Karlsruher Vereine. Der Vorsitzende des Hauptausschusses ist Gauborherr Stadtrat Töpfer; Schriftführer Friedrich Werthammer-Karlsruhe, Augartenstraße 60.

### Kleine badische Chronik

**Grundmessungen im Bodensee.** Im Jahre 1921 nahm das schweizerische Amt für Wasserwirtschaft im Gebiet des Rheinbundes und des Kantons der Regener das im Bodensee vorgenommene Vor, die sich auf 12 Millionen Quadratmeter Seeoberfläche ausdehnten. Das Ergebnis der Forschungen wurde in einer Schrift niedergelegt, die erst jetzt beendet ist. Die letzte Messung wurde im Jahre 1911 vorgenommen über eine Strecke von 7 Millionen Quadratmeter, das größere Forschungsgebiet des Jahres 1921 enthielt dadurch, daß man 5 Kilometer über die Rheinmündung hinausging, gegen 2 Kilometer im Jahre 1911. 1911 wurden in jedem Quadratkilometer 911 Wohnungen vorgenommen, im Jahre 1921 beschränkte man sich auf 454 Wohnungen. — Festgestellt wurde eine Zunahme der Insel im linken Rheinarms und die Bildung einer neuen Versandung vor Gerd. Die Fläche des Rheinbundes ist um annähernd 250 000 Quadratmeter gewachsen. Die Geschiebemenge der letzten 10 Jahre allein auf dem obermündigen Gebiet rechnet man auf 25 Millionen Kubikmeter, auf dem untermündigen auf 17,2 Millionen Kubikmeter, von denen 27,90 auf den Rhein entfallen. — Auf das Flußgebiet des Rheins oberhalb des Bodensees die Geschiebemenge übertragend, macht es jedoch jährlich nur 0,46 Millionen Kubikmeter Geschiebe zusammenzuführen. Im Bodensee aber vermindern die Massen innerhalb der 10 Jahre im Vermeidungsgebiet die Durchschnittdicke von 17,2 Meter auf 14,4 Meter.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe**  
Todesfälle. Anna, alt 5 Jahre, Vater Johann Weitz, Tagelöhner. Pauline Renzler, alt 55 Jahre, Ehefrau von Friedrich Renzler, Schneider. Margarete Hebelin, alt 53 Jahre, Ehefrau von Stefan Hebelin, Kohlenhändler.

### Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 26. Januar

#### Geschichtskalender

26. Jan. 1869 Der englische Dichter und Chartistenführer Ernest Jones in London. — 1923 Der österreichische Arbeiterdichter Alfons Reichold in Rißbüchel. — 1923 Belagerungszustand in Bayern.

#### Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

**Arbeitsbeschaffung.** Die Teilnehmer an dem Kurs des Gen. Dr. Lehmann über „Praktische Lehungen im Arbeiterrecht“ seien nochmals auf den heute abend 8 1/2 Uhr in der Gabelstraße stattfindenden zweiten Vortrag aufmerksam gemacht.

**Bezirk Oststadt.** Mittwoch, 25. Januar, abends 8 Uhr, im „Scheffelhof“ (Ede Rudolfstr.) Bezirksversammlung. Genosse Reichmann, ein ausgezeichneter Kenner der politischen Verhältnisse, wird einen Vortrag halten über: „Die Freigewerke und die deutsche Reaktion“. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, für einen guten Besuch besorgt zu sein.

#### Winterforgen

Wenn der Silberstreifen im Barometer etwas herabzusteigen beliebt, dann richten sich die Augen aller Winter-Sportler hoffnungsstrotzend zum Himmel.

Und leise, vorzüglich zieht der Glaube an ein „bisheriges“ Schnee in die trostlosen Herzen.

Ein nettes Spiel treibt der Winter mit seinen Sportlern. Die Trauern und Klagen aber, daß noch immer nicht der Schnee kommen will.

In Davos sich den Winterfreuden hingeben zu können, ist eben nicht jedem vergönnt. Das wäre aber auch schrecklich, denn letzten Endes wäre Davos der Sportplatz nur der „gebildeten“ und „besseren“ Welt, nur noch der Tummelplatz aller Plebejer.

Deshalb muß man eben warten — und wie lange schon — man denke! Man hofft und hofft und ist schließlich doch hoffnungslos.

Wir hatten ja auch im letzten Winter gar keinen Schnee! — nein — nur so ein bisschen! Er lag ja auch „nur“ bis spät in den April oder gar Mai — so genau weiß ich nicht mehr, ein Zeichen, wie kurze Zeit er gelegen hat. Ebenfalls lag er nicht hoch, nur konnte man ausschließlich im Gämlenmarsch (besonders angenehm vor acht Uhr früh, wenn alles zur Arbeit strömte) den gegengenen Frühling nachgehen. Dieses Jahr aber läßt er lange auf sich warten.

Was soll man denn machen gegen einen solchen Mangel? Kommt der Schnee oder nicht?

Ich behaupte zwar — meine Meinung ist ja schließlich nicht maßgebend —: Petrus ist an seinem Wetterregulator eingeschlossen, das beweist auch das unregelmäßige Wetter! Das stimmt doch nicht! — Ihr armen, um eure Ski-Partien, Korbfahrten und Eislauf Betragen — ich will euch gewiß nicht ausladen, sondern verlässere guten Gewissens, daß ich auch kein Rostveracher bin. Daß auch ich manchmal dahin meine Lippe wende, wo sie sonst die Trommen hinwegzuweisen pflegen — nur mit dem Unterschied, daß ich nach den Wolken nur schaue — weiter schauen kann ich nicht. Das können nur die Trommen, wenn sie sich mit ihrem Hergott unterhalten.

Also tröstet euch mit mir, ich warte auch noch auf den Schnee, es ist noch immer Winter — und auch im Frühjahr kann er noch kommen, wie voriges Jahr.

Marie Dingeldein.

#### Eine Antwort an den Hausbesitzerstrategen Deines

Wir haben schon in unserer Samstag-Nummer die Anwesenheit des Hausbesitzerstrategen und volksparteilichen Stadtvorordneten Deines gegen unseren Genossen Stadtrat Töpfer zurückgewiesen. Nun nimmt der Anwesende, Gen. Töpfer, selbst zu dieser Angelegenheit in folgendem Schreiben Stellung:

„Die letzte Bürgerausschüttung befand sich bekanntlich mit dem Wohnungsneubau und bemittelte zu diesem Zwecke 1,4 Millionen Mark, die zum größten Teile der Gebäubelndersteuer entnommen werden. Hierbei kam es wie zu erwarten war, wieder zu einer Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der Zwangs- und der freien Wirtschaft. Führer in diesem Kampfe ist jeweils der volksparteiliche Stadtvorordnete Reichelt und Hausbesitzerstrategen Deines. Im ersten Teil seiner Rede gab er seiner Zuredenheit Ausdruck über das System, nach dem in Karlsruhe gebaut wird und verlangte dessen Fortsetzung. Im zweiten Teil aber verlangte er Abbau der Zwangs- und der freien Wirtschaft, bevor der Bedarf in Wohnungen gedeckt sei, was ihn aber nicht hinderte, im selben Atemzuge für die freie Bauwirtschaft öffentliche Baulandarbeiten zu verlangen. Ja, er verlangte noch für die Aufwertung der Sparfahrguthaben Mittel aus der Gebäubelndersteuer. Ich sah mich nach diesen Ausführungen veranlaßt, zu den Ausführungen dieses einseitigen Interessendoliters doch etwas zu sagen. Meine Antwort hat ihm natürlich nicht gefallen und geht mit ihr nunmehr im Grund- und Hausbesitzerverein haften, um anscheinend politische Geschäfte für seine Partei zu machen. Nach dem Bericht der „Bad. Presse“ behauptete Herr Deines, „ich hätte schwere unbedeutende Vorwürfe gegen den Tatfachen erhoben“. Ich stelle zunächst fest, daß dies nicht den Tatsachen entspricht. Ich habe ausgesprochen, daß die Zwangs- und der freien Wirtschaft keine Erfindung der Sozialdemokratie ist, sondern bereits von der kaiserlichen Regierung durch die Verordnung vom Jahre 1914 eingeführt wurde. In dieser Verordnung sind allerdings einige radikale Hauseigentümer schuld, die Kriegerfrauen auf die Straße setzen wollten, als diese mit Mietern im Rückstand blieben. Und heute liegen die Dinge im Wohnungswesen doch noch so, daß dem ganz entgegensteht. Der Staat ist somit gezwungen, die Wohnungsangelegenheit nicht aus der Hand zu geben und sie nicht dem „freien Spiel der Kräfte“ zu überlassen. Es ist doch ein Unterschied, ob ich eine Zwangs- und der freien Wirtschaft in Brot und Fleisch, das ich in beliebigen Mengen vom Ausland beziehen kann, oder eine solche in Wohnungen aufbehalte. Häuser können wir eben beim besten Willen nicht importieren. Friedensmiete und darüber hinaus nicht die Mittel, die uns Häuser schaffen. Häuser können eben nur gebaut werden, wenn der einzelne Bauherr genügend Mittel hat und diese zu einem Anspare, der es ermöglicht, die Wohnungen nach und nach zu vermieten, der wirtschaftlich tragbar ist. Da diese Mittel zur Zeit von einzelnen noch nicht aufgebracht werden können, muß eben die Gemeinde mit Baulandarbeiten das Bauen ermöglichen.“ Diese Gelber können nur durch die Be-

steuerung der alten, d. h. vor 1914 errichteten Häuser herbeigeführt werden. Das Bauen selbst ist heute völlig frei, auch die Bewirtschaftung der neuen Häuser. Das weiß auch Herr Deines, denn er fordert ja für freie freie Bauwirtschaft öffentliche Gelder. Was er aber als Hausbesitzervereinsvorsitzender will, ist Abschaffung der Zwangs- und der freien Wirtschaft, damit „im neuen Jahre nicht nur die Friedensmiete erreicht, sondern notwendigerweise darüber hinaus den Verhältnissen entsprechend erhöht wird“, wie der angesagene Artikel aus dem Geschäftsbericht der „Bad. Presse“ zu melden weiß. Nun ist auch dem Herrn Reichelt Deines sicher bekannt, daß die meisten Hypotheken mit Papiermark zurückbezahlt wurden, woraus dem einzelnen natürlich kein Vorwurf gemacht werden soll. Sie haben ja alle nach dem Vorbild des verstorbenen Parteigenossen des Herrn Deines, Sinnes, gehandelt. Das schämte ich mir, daß die Hausbesitzer um Herr Deines allezeitige Inhabern vorbehalten bleiben. Die zufälligen Besitzer von Sachwerten, und es gibt eine große Reihe Inflationen-Hausbesitzer, werden eben dann zum größten Teil die Ketten ein, die eigentlich den Sparern und Hypothekengläubigern in Form von Zinsen zufließen müßten. Der Hausbesitzer kann, wenn er gerecht denkt, nicht verlangen, daß ihm heute eine volle Verzinsung seines zum Teil aus der Inflation, investierten Kapitals gewährt wird. Allerdings betragen die Steuern heute mehr, wie auch Herr Deines seinen aufhorchenden Mitbürgern erzählt. Er hätte ihnen aber auch sagen sollen, daß in Mecklenburg, wo keine Partei mit den Deutschnationalen zusammen durch Dill und Dünn geht, die Grundsteuer für die Landwirtschaft nur noch die Hälfte, für den bäuerl. Grundbesitz aber das 30fache der bisherigen Sätze beträgt.

Erfreulicherweise gehen außer mir auch noch eine ganze Reihe anderer Hausbesitzer nicht mit diesen radikalen Forderungen des Herrn Deines ein, sonst würde er nicht in seinem Geschäftsbericht geflagelt haben, daß es auch leider nicht durch die Taugung des Deutschen Hausbesitzerverbandes gelungen ist, die abseits lebenden Hausbesitzer in seine Reihen zu bringen. Sie haben sich vielmehr vollständig abgewandt verhalten. Es leben eben ansehnend doch noch nicht alle Hausbesitzer diesen Besitz als Gemeine an, wie es einmal der wirtsch. Stadtvorordnete und Eisenbahnminister, Schmar, auch ein radikaler Führer der Karlsruher Nachkriegs-Hauseigentümer, in einer Sitzung zum Ausdruck brachte. Interessant ist aber in diesem Zusammenhang ein vertrauliches Rundschreiben, das 14 Hausbesitzervereine veröffentlicht haben, in dem es u. a. heißt:

„Herrn Guts-Mitglieder auf, jeder einzelne soll in seinem Hause von seinen Mietern die Friedensmiete verlangen.“ Dann heißt es weiter: „Was machen wir mit den Mietern, die sich weigern, die Friedensmiete zu zahlen? Jeder Vermieter schreibe von dem Moment an, da er das Verlangen zur Zahlung der Friedensmiete an seinen Mieter stellt, hat die Beträge auf, die der Mieter weniger zahlt, als die Friedensmiete beträgt. Zahlt der Mieter in einer gewissen Zeit, z. B. bis 1. Oktober oder Januar, so ist es gut. Zahlt er nicht bis dahin, werden alle neuen Mietverträge dazu geschrieben und der Bankzins daraufgeschlagen. Dies wird, wenn nötig, weitergeführt bis es die freie Miete ist. Dann wird diesen Mietern die Rechnung präsentiert.“

Und so geht es weiter. Also hier hat man schon einen Voranschau, wie sich ein Teil der Hausbesitzer die freie Wirtschaft denkt. Man wendet nun von manchen Hausbesitzern ein, ja, die Zwangs- und der freien Wirtschaft muß fallen, aber die Mietergesetzgebung soll bestehen bleiben. Die Agitation der radikalen Grundeigentümer hat aber jenseitig geführt, daß sich auch der Reichstag mit Anträgen in dieser Richtung bereits zu beschäftigen haben wird. So hat die Deutsche Volkspartei den Antrag auf restlose Beseitigung der Zwangs- und der freien Wirtschaft und die Deutschnationale Partei einen solchen, daß mit Wirkung vom 1. Juli 1924 an der Schluß für die Mieter von gemeinschaftlichen Räumen befristet werden soll, gestellt. Die Zusammenlegung der Reichsparteien ist in diesen Tagen also schon das Schlimmste befürchtet und Herr Deines hat nicht umsonst in seiner Generalversammlung der Freunde Ausdruck verliehen, daß endlich einmal eine bürgerliche Reaktion gebildet sei. Die Mieter werden es bald erfahren. Die Reichsparteien haben bis heute für die Belange der breiten Masse der Mieter und vor allem der Klein- und der Mittelmäßigsten nichts übrig gehabt. Ihre Forderungen betreffen auch zum größten Teile immer aus Hauseigentümern. Es ist daher umso bemerkenswerter, daß sich gerade die Hamburger Detailhandelskammer mit besonderer Schärfe gegen die Aufhebung der Zwangs- und der freien Wirtschaft und Mietergesetzgebung wendet, indem sie in einer Eingabe an den Reichstag u. a. schreibt: „Wenn man bei einer solchen Sachlage daran gehen würde, die Mietverträge für gewerblich benutzte Räume aus der Zwangs- und der freien Wirtschaft auszunehmen, so ließe das nach Auffassung der Detailhandelskammer, die schon vorhandene Katastrophe ins Unermessliche zu vergrößern. Der Augenblick, sich von der Mietwirtschaft zu befreien, ist der ungünstigste, den man sich überhaupt vorstellen mag.“

Der Auffassung dieser Kammer, in der sicher auch Hausbesitzer und wahrscheinlich keine Sozialdemokraten sitzen, kann man nur zustimmen. Das Gesagte in diesem Schreiben vertritt sich noch, wenn die gesamte Bevölkerung dann in der freien Wirtschaft mit dem jetzigen Einkommen auskommen muß und die erhöhte Miete zu zahlen hat. Es muß daher Ziel unserer Hauspolitik sein, möglichst viel zu bauen, den einzelnen Bauherren mit möglichst hohen Baulandarbeiten an die Hand zu geben, um recht bald den Bedarf an Wohnungen gedeckt zu haben. Dann erst kann man eine Abschaffung der Zwangs- und der freien Wirtschaft in Betracht ziehen, wenn die Wohnungswirtschaft gedeckt werden kann und sich der Preis und Nachfrage geregelt haben, daß manche Hauseigentümer von alten Gebäuden mit Sehnsucht an die Zeit des Wohnungsmanagements zurückdenken wird. Bis dahin wird es leider, lieber noch eine Weile haben und solange muß sich auch Herr Deines abgeben. Er als Architekt wird es doch zweifellos begrüßen, wenn recht viel gebaut wird, hier winten ihm doch andere Erfolge wie als Hausbesitzervereinsvorsitzender. Wir aber werden alles tun, um das bisherige System im Interesse unserer Bevölkerung beizubehalten und werden dem Bauwerke möglichst viel Arbeitsgelegenheit geben, auf die es im Zeichen der „freien Wirtschaft“ verachtlich hätte wirken können. Vielleicht gewinnt dann der Herr Reichelt auch mehr Gehör als auf bisherigen System, wie der Herr Hauseigentümer.

#### Zur Wohnungsnot

Dreißig lichterhohes Fenster, eng aneinander gereiht — Aus jedem mit buntester Stimme nach Freude die Armen schreit.  
An jedem zweiten und dritten Fenster ein blaßes Kinder- gesicht.  
Und jedes hat in den Augen eine laagende Stimme, die spricht: „Wir sollen die hoffnungsvollen Mütter der Menschheit sein. Wir sollen schließen die Kräfte und die Schönheit der Zukunft ein;“  
Doch unsere Väter hungern am Wertlich und an der Band. Die Brüder unserer Mütter sind schlaff und krank. Luft fügen unsere Lungen, die Hände frisches Brot: Was wir als Erbe bekommen, ist Eichtum und früher Tod. Und hinter unserer Gasse ist die Welt so reich und weit.“

Dreißig lichterhohes Fenster, eng aneinander gereiht, Aus jedem mit graufiger Stimme die Schande der Großstadt schreit. Alfred Perold.



Der Kämpfer

Alles ist geworden im ewigen Werden, und das höchste Produkt dieser Entwicklung all der Jahrtausende ist der Mensch. Er ist die Krone der ganzen Entwicklung...

Darum steht der Kämpfer über dem Leben. Er kann nicht weichen im egoistischen Tagesgemirr. Er sieht die Linie, die weiter führt. Er erlebt den Sinn aus der Ewigkeit...

Wer nicht Kämpfer ist, ist nur ein abgestorbenes Glied am Baume des großen Werdens. Ihm fehlt die organische Kraft. Er ist ausgeblüht, statt Schöpfer zu sein.

Nur der Kämpfer ist Mensch im vollen Entwicklungssinne. Nur er trägt in sich die ethischen Werte, die Menschengröße bedeuten. Nur wer Kämpfer ist, hat menschlichen Stolz. Nur wer Kämpfer ist, ist freier Charakter. Er ist das Leben. Er bewirkt das Leben. Und wenn die Gegenwart ihm auch tausendmal wider ist: weil er da ist, darum ist die Zukunft gewiss. Und er fühlt selber die Kraft der Welt, die er bebaut, in dem stolzen Glauben an den Sieg, der ihn erfüllt.

Das ist die Ethik der Größe. Das ist die natürliche Reaktion der Kraft. Das ist der sittliche Lebensinhalt des Siegers: „Du sollst Kämpfer sein!“

Schlechter Ehrens- oder Landstreich? Ein böser Streich wurde, wie man sich in hiesigen Theaterkreisen erzählt, dem neuen Opernleiter, Generalmusikdirektor Ferdinand Wagner, er, der bekanntlich vom Herbst dieses Jahres ab an unser Landestheater verpflichtet ist, gespielt. Er dirigierte vorletzten Sonntag den „Fidelio“. Wägen in der Aufführung machte er sich die Mühe, die Besetzung mitzubringen, hier in Karlsruhe einige Seiten herausgerissen werden waren. Offenbar glaubte irgend ein „guter Freund“, den Opernleiter durch diesen Streich in Unzulänglichkeit bringen zu können. Die böse Absicht gelang aber nicht, Herr Wagner kam nicht aus der Fassung, er konnte die Partitur zu gründlich, um sich durch solche Vandalen aus der Fassung bringen zu lassen. Der Vorgang zeigt, mit welchen Mitteln nun schon wieder hier angegangen wird, gegen den neuen Opernleiter zu wühlen und zu arbeiten. Sollen sich die Herren des Irdischen der bühnischen Tat ausfindig zu machen, um den Zutritten gleich von vornherein das Handwerk legen zu können.

Kinderhilfe. Wir verweisen nochmals auf die am Montag abend im Konzerthaus stattfindende Veranstaltung zugunsten der Kinder erholungsbedürftigen Karlsruher Kinder. Die Höhe dieser Kinder ist riesengroß, die Mittel zur Hilfe sind jedoch sehr bescheiden. Es ist Pflicht eines jeden, hier durch Besuch der Veranstaltung mitzuhelfen. Die wackeren Turner und Turninnen des T.V. stellen ihr Können in den Dienst der edlen Sache. Wir sollten dafür sorgen, daß auch der letzte Platz des Konzerthauses besetzt wird. Noch sind Karten in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben. Die letzten Karten sollten aber an der Abendkasse im Konzerthaus von 7 1/2 Uhr an gekauft werden.

Die „Kriegs-Waldschule“ in Stuttgart ist, wie uns geschrieben wird, gegenwärtig mit ihren 50 Lehrkräften und 800 Schülern die einzige wirklich freie Volksschule in Deutschland, die alle sozialen Schichten umfaßt und ganz auf das Wohl der Schüler pädagogisch-pädagogisch geartet ist. Die von Dr. Rudolf Steiner geleitete Waldschule in Stuttgart ermöglicht eine ununterbrochene, harmonische Ausbildung der Denkfähigkeit und Willenskräfte im Menschen, die erfahrungsgemäß unentbehrlich gesundend und belebend auf Leib und Seele der Kinder wirkt. Herr Rektor Moritz Parich aus Breslau, ein in seinen Schülern geschätzter und beliebter Schulmann, wird als Mitglied der Waldschule in Stuttgart an der Waldschule in Stuttgart über die Waldschule sprechen. Alle Eltern und Lehrer, denen das seelische und leibliche Wohl ihrer Kinder wirklich heilig ist, und die die Forderungen der Zeit verstehen, werden herzlich zu diesem bedeutsamen Vortrag eingeladen.

Die Lotterie der Kriegsbefähigten macht bekannt, daß Gewinne, insbesondere Seriengewinne täglich von 9-12 Uhr und 3-5 ausgegeben werden. Insbesondere wird das Publikum darauf aufmerksam gemacht, daß Seriengewinne noch 4-5 Wochen ausgegeben werden. Ein Anzeichen ist auch für die Auszahlung der Seriengewinne nicht notwendig, da dieselben alle gleichwertig sind.

Veranstaltungen

Kolossium. Heute abend 8 Uhr Varieteé-Vorstellung. Karlsruher Polizeibericht vom 26. Januar. Zusammenfassend. In der Kreuzung der Fähringer- und Schanzstraße ist vorgestern nachmittags ein Verkehrsunfall mit einem Militärtransportwagen der hiesigen Straßenbahn zusammengefallen, wobei ersterer beschädigt wurde.

Unvorsichtiger Auffspringen auf einen Straßenbahnwagen. Eine 17 Jahre alte Kontoristin von hier am letzten Samstag nachmittags an der Philippstraße beim Auffspringen auf einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zu Fall und wurde etwa 10 Meter weit geschleift, ohne jedoch Verletzungen davonzutragen.

Schlägerei. In einer Wirtschaft in der Altstadt entstand in der Nacht vom Samstag auf Sonntag zwischen mehreren Gästen eine Schlägerei, wobei einem Hilfsarbeiter von hier ein Bierglas an den Kopf geworfen wurde. Er trug eine stark blutende Verletzung davon, eine andere Person erhielt einen Schlag mit einem Gegenstand auf den Kopf und wurde ebenfalls verletzt.

Anfall. Gestern abend 8 Uhr stürzte ein verheirateter Radelhändler von hier bei der Einfahrt in den hiesigen Hauptbahnhof aus einem noch in der Fahrt befindlichen Personenzug und zog sich eine Gehirnerschütterung zu. Der Verletzte wurde mittels Krankenwagens in das Stadt Krankenhaus eingeliefert.

Gemeindepofitit

Der Badische Städteverband zu den Steuerfragen

Der Vorstand des Badischen Städteverbandes nahm in einer Sitzung am 10. ds. Mts. im Rathaus zu Baden-Baden unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Walz-Heidelberg in der Hauptsache zu Steuerfragen Stellung. Bezüglich der künftigen Gestaltung der Einkommensteuer muß bei der bevorstehenden Neuverteilung des Finanzausgleiches zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden nach wie vor der größte Wert darauf gelegt werden, daß den Gemeinden das Zuschlagsrecht zur Reichs-

einkommensteuer wieder gewährt wird. Eine Genehmigungspflicht für die Gemeindegeldsätze sollte nur dann und nur insoweit in Frage kommen, als die vom Reich festzusetzenden Normsätze überschritten werden. Das Vorkaufsrecht muß grundsätzlich beibehalten werden. Zu dem vom Finanzministerium vorgelegten Entwurf einer Abänderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes wird in grundsätzlicher Hinsicht Stellung genommen. Im übrigen wird der Entwurf an einen Unteraussschuß zur weiteren Behandlung verwiesen. Die örtlichen Gewerbesteuer werden von den Interessentenkreisen in der letzten Zeit wieder scharf bekämpft. Der Städteverband hält die Aufrechterhaltung dieser Steuer nach wie vor für dringend notwendig, einmal weil auf sie bei der schlechten Finanzlage der größten Mehrzahl der Gemeinden nicht verzichtet werden kann, dann aber namentlich aus dem Grunde, weil deren Aufhebung die außerordentlich wachsende Trunklust nur fördern würde und den Städten dadurch für die Zukunft entziehen, die von der Allgemeinheit bei der heutigen allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage nicht getragen werden könnten. Die Verteilungen zur Bekämpfung der Trunklust sind daher in jeder Richtung nachdrücklich zu unterstützen. In der Frage der Beamtenbeholdung besteht der Städteverband, daß die Landesregelung auch für die Gemeindegeldsätze einseitig maßgebend sein soll, unter der Voraussetzung, daß das Reichsfinanzministerium das Vorgehen des Landes als berechtigt anerkennt. Die Voraussetzungen für nach der inwärtigen eigenartigen Entscheidung des Reichsfinanzministeriums nicht erfüllt worden. Des Weiteren kamen insbesondere nach Schulfragen zur Erörterung, so die rechtliche Stellung der Stadtschulämter, das Schulgeld der Reichsausländer, Schulgeldbefreiungen usw.

In den Klauen der Tscheta

Über das Schicksal zweier deutschen Studenten, die seit mehreren Monaten in Moskau im Gefängnis der berüchtigten Tscheta unter dem Verdacht der Spionage festgehalten werden, berichtet die „Frankfurter Ztg.“. Bei dem einen der jungen Leute handelt es sich um den Dr. phil. Karl Kindeermann, einem Sohne eines früheren Parteigenossen von uns und nachherigen Stadtrats in Durach, Kaufmann Hermann Kindeermann, ein junger Mann teilt der „Frankf. Ztg.“ über seinen Sohn folgendes mit: „Mein Sohn erhielt von den Unberühmten Sibiriens, von der Sowjetrepublik der Wolgabewohner, sowie von der Unberühmten Befreiung die ehrenvolle Einladung, Vorlesungen über deutsche Literatur, deutsche Denker und ähnliche Themen zu halten. Er nahm diese Einladung an. Diese Gelegenheit wollte er benutzen, um die wenig bekannten Völkerrassen der Kamtschatka, Jakuten usw. im Norden Sibiriens zu besuchen. Hierzu veranlaßte er die Genehmigung der russischen Regierung. Bei Verhandlungen mit Sowjetkommissaren, die vorübergehend in Berlin waren, wurde ihm von diesen im Auftrag der russischen Regierung die Genehmigung unter der Bedingung erteilt, daß er zuerst an der Unberühmten Moskau sich ein Semester betätige. Es wurde ihm hierbei zugesichert, daß er als Gast der russischen Regierung auf Staatskosten leben werde. Als Begleiter ging sein Freund Theo Wolff und der Deutsch-Balte Max von Dittmar mit. In Moskau wurden die jungen Leute qui aufgenommen. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß die Regierung ihre Pläne begründe und unterbreite. Nach achtstündigem Aufenthalt in Moskau wurden die drei Studenten von der Tscheta nach dem Bett geholt und in den Kerker geworfen. Der Verdacht der Spionage wurde damit begründet, daß Dittmar sich „Dittmarin“ nannte. Da die jungen Leute die Reise auf eigene Kosten unternahmen, fragten sie bei mehreren deutschen Firmen an, ob sie ihre früheren Großabnehmer in Moskau und Sibirien aufsuchen sollten. Eine etwaige Vergütung für ihre Bemühungen hätten sie zur Aufrechterhaltung ihrer Reisefkosten benötigt. Hierin erklärt die Tscheta wirtschaftliche Spionage. Obwohl der Sowjetkommissar für auswärtige Angelegenheiten dem deutschen Volkstäter in Moskau schon vor Wochen verhaftete, er sei von der Unberühmten der drei jungen Leute überzeugt, und obwohl der russische Volkstäter in Berlin telegraphisch für die jungen Leute einzutreten und gleichzeitig erklärte, von der Unberühmten der drei überzeugt zu sein, ist es diesen Stellen bis heute noch nicht möglich gewesen, die Freilassung der jungen Leute zu erwirken.“

Der Wunderräuber fürchtet, die jungen Leute würden deshalb im Gefängnis zurückgelassen, weil sie durch ihre politische und rechtliche Abhandlungen in einem derartigen Zustand seien, daß sich selbst die Tscheta fürchte, die Gefangenen in die Seufftschkeit zu lassen, und es bezweifle, sie in ihren Kerker vornehmen zu lassen. Begegnend sei, daß alle Briefe an die Verhafteten mit dem Vermerk „unbekannt in Moskau“ zurückgeschickt werden, während umgekehrt von den Gefangenen keine Nachrichten kommen. Nach der Ansicht aller, so bemerkt die „Frankf. Ztg.“, die die beiden Verhafteten kennen, sind nach der Meinung der Deutschen Volkstäter in Moskau, sind die jungen Männer, gegen welche die

Tscheta die Anklage der „Spionage“ erhebt, völlig unschuldig. Die deutsche Botschaft habe hinreichendes Entlastungsmaterial beigebracht und nach Auskunft des Moskauer Konsularrats für auswärtige Angelegenheiten bestand begründete Hoffnung, daß sich auch die Tscheta von der Unschuld der Verhafteten überzeugen lassen wird. Da aber offenbar die Tscheta sehr lange braucht, bis sie zur Überzeugung kommt, — es sind nämlich seit der Verhaftung 3 Monate verstrichen —, so verlangt die „Frankf. Ztg.“, daß das auswärtige Amt seiner Vorstellung in Moskau mehr Nachdruck verleihen möge. Es ist ganz richtig, was das genannte Blatt zu diesem provozierenden Verhalten der russischen Propagandazentrale bemerkt: „Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder legt Rußland Wert darauf, als ein Kultur- und Rechtsstaat angesehen zu werden, dann kann es sich dringenden Vorstellungen nicht verschließen, oder es legt seinen Wert darauf und kümmert sich nicht darum, was man im „faulen Westen“ über seine Einrichtungen denkt, dann müßte man eine Warnungskarte an das Eingangsamt zu Rußland setzen.“

Gesundheitspflege

Die Bauchkoliken der Kinder. Wenn es auch nicht die Aufgabe von Vätern sein kann, eine Krankheit festzustellen, so ist es doch immerhin für sie wichtig zu wissen, welche Bedeutung die eine oder andere Erscheinung haben kann — vor allem deshalb, damit der Arzt rechtzeitig, lieber einmal zu viel als zu wenig demnachgefragt werden kann. Zu den Symptomen, die auf die Umgehung meist etwas erregend wirken, gehören die Kolikschmerzen bei Kindern. Wir verweisen unter einer Kolik schmerzhafte krampfartige Zusammenziehungen der glatten Muskulatur innerer Organe. Beim Erwachsenen beobachtet man häufiger Gallenkoliken und Nierenkoliken, während beim Kind viel öfter der Darm Ursache der Schmerzanfälle ist. In erster Linie ist die Blinddarmverengung zu nennen. Meist plagen die Schmerzen in der rechten Unterbauchseite aufzutreten; können aber auch andere Bauchgegenden befallen. Natürlich kann es sich bei diesen Kolikschmerzen auch vielleicht ebenso oft um eine vorübergehende schiefe Darmverkrümmung oder um eine Darmstörung infolge unzureichender Speisen (rohes Obst u. dgl.) handeln. Hier das Richtige herauszufinden, ist Aufgabe des Arztes. Außerdem verursachen kleine Nabelbrüche und kleine Fettdrüsen in der Mittellinie des Leibes oberhalb des Nabels gleichfalls vielfach heftige Koliken. Vorzugsweise zur Zeit der Streckung, also wenn die Kinder kräftig wachsen, kann es im Zusammenhang mit dem Wachstum zu einer Lageveränderung des Dickdarms kommen, die auch mit heftigen Schmerzanfällen verbunden sein kann. Auch an Fadenwürmern ist bei Kurzdarmernden Koliken in der Nabelgegend zu denken. Kurzum, eine Fülle von mehr oder weniger ernsthaften Vorgängen kann bei Kindern zu Kolikschmerzen führen und Kluge und besorgte Eltern werden, wenn ihre Kinder über heftige Schmerzanfälle im Leib klagen, nicht lange warten, sondern den Arzt rufen, damit er die Ursache der Leiden findet und dann auch den Heilplan aufstellen kann.

Bermischtes

Stapelung eines Regerschiffes. Die amerikanische Vereinigung der Schwarzen, die ein großes Regerschiff in Afrika schaffen will, hatte kürzlich einen großen Tag. Im Keaton fand in Gegenwart einer gewaltigen Menge Zuschauer der Stapellauf des ersten Regerschiffes statt. Das festgestellte, 8000 Register-tonnen fassende Schiff, das dabei seinem Element übergeben wurde, ist die erste Einheit einer Flotte der Schwarzen. Es wurde auf Kosten der Negro Improvement Association erbaut. Der Vorsitzende dieses Verbandes ist der Reiner Marcus Garvey, von dem in letzter Zeit in den Vereinigten Staaten ausgiebig die Rede war. Er tritt in Wort und Schrift energisch für die Rückwanderung der in Amerika befindlichen Schwarzen nach ihrem Heimatland Afrika ein, wo sie sich zu einem eigenen Regerschiff zusammenschließen sollen. Man kann sich denken, daß dieser Stapellauf als verheißungsvolles Zeichen von dem an der Feier teilnehmenden Regern mit Jubel begrüßt wurde.

Vorkläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte für Dienstag, 27. Januar: Teilweise bewölkt, meist trocken, kalt.

Wasserstand des Rheins Schifferinsel 26, gef. 15; Rehl 181, gef. 12; Mainz 310, gef. 4; Mannheim 186 Zentimeter.

Umwinn... Bilder... Mittel... Wägen... verschwinden... wenn man... Schaum... Zuckers... Patente... Medizin... Säfte... eintrudeln... Licht... Schaum... ein... merget... ab... u... mit... Zucker... Creme... nach... fischen... Grob... erliche... Wirkung... 2... Zehen... schillig... In... allen... M... Drogen... Parfümerie... u... Preis... erhaltlich... erhältlich.

Damenbart... radikal mit Wurzel... H. Bleier, Parfümerie... Kaiserstraße 223.

Felle-Haare!... Kopf... Haare... Schwanz... Haare... Menchenhaare... Stubhaare... Rasthaare... felle... Stall... u... feld... haken... Bett... federn... alt... und... neu... laut... jedes... Quantum... 751.

Nur Instandführungen!... Bild... Illustration... Text...

Resi-Lichtspiele... Waldstrasse... Bis einschließlich Donnerstag... Winterstürme... Grosses Drama aus dem Hochgebirge in 5 Akten.

Tollkühne Jagden... Streitzüge in Somaliland in 4 Akten... Badisches Landestheater... Faust I. Teil.

Pfannkuch... Echter Weinbrand... eigene Abfüllung... 1/2 Flasche 3.60... 1/2 Flasche 1.90... Weinbrand-Verschnitt... 1/2 Flasche 2.80... 1/2 Flasche 1.60... einfläschig Glas und Steuer... Pfannkuch.



### ! Flüssiges Holz!

**Weiß und farbig - Eigene Erfindung.**

Flüssiges Holz eignet sich zum Nachbessern aller erdennlichen Gegenstände, insbesondere für Risse und sonstige Beschädigungen an allerlei Möbeln und sonstigen Holzgegenständen. Risse, Vertiefungen, Abkratzen, Abbrüche werden mit dem Holzbrei ausgefüllt und nach dem Trocknen mit Sebel, Schaber oder Schmirgelpapier geglättet. Die Stellen sind unmerklich und nicht wasserlöslich.

Das Präparat eignet sich speziell für Holzarbeiter wie Schreiner, Bildhauer und dergleichen, insbesondere aber auch für den allgemeinen Volksgebrauch. Mit

**Flüssigem Holz**

lassen sich viele Gegenstände des täglichen Gebrauchs, wie Steingut, Gipsfiguren, Kippelchen, Quarzpumpen, Winderahmen, Schatteln, Holzgestelle, Ledermöbel u. a. m. kunstfertig und haltbar reparieren. 873

**Preis pro kleine Dose Mk. 0.90.**

**Ago-Betrieb**  
Waldstraße 13.

**Lesen und weitergeben!**

### Deutscher Verkehrsband

Transportarbeiterverband  
Verwaltung: Karlsruhe u. Umgeb.  
Kronenstr. 3. - Telefon 3100.

Im Laufe dieser Woche finden folgende

### Sektions-Versammlungen

Handelsarbeiter  
Mittwoch, den 28. Januar 1925, abends 6 Uhr (gleich nach Feierabend), in der „Kronenhalle“, Kronenstr. 3.

Zeitungsträgerinnen  
Mittwoch, den 28. Januar 1925, abends Punkt 7 1/2 Uhr, in der „Kronenhalle“, Kronenstr. 3.

Hafen- und Lagerarbeiter  
Freitag, den 30. Januar, nachm. 5 Uhr, im Saale zum „Goldenen Hirsch“ in Mühlburg.

Fuhrleute, Speditionsarbeiter u. Möbeler  
Samstag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, im „Hilfiker“, Baumeisterstraße.

### Deffentlicher Vortrag.

Dienstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr im großen Hörsaal des Chemischen Instituts der Technischen Hochschule

**Redner: Moritz Barisch-Breslau:**

### Das neue Bildungsideal und die Freie Waldorfschule in Stuttgart.

Verein für ein freies Schulwesen  
Eintritt 1 Mk. Referentier Platz 2 Mk.

### Kohlen Holz u. Brikett

alle Sorten, in nur erstklassiger Ware  
empfehlenswürdig u. reell in jeder Menge  
frei Haus und ab Lager

**Math. Kohler**  
Büro und Kleinverkauf: Durlacherstr. 30  
Telephon 4797.  
Hauptlager: Wolfartsweilerstr. 4  
(Rangierbahnhof.)

Der gute außergewöhnlich beliebte

### Baby-Camembert

ist in den einschlägigen Feinhandlungen wieder erhältlich. Man achte auf den Namen des Erzeugers: „S. Krüder, Gremshelm“.

Verkaufsstellen werden nachgewiesen durch:

**Sermann Lüders, Heidelberg**  
Butter- und Käsegroßhandlung  
Generalvertreter für Süddeutschland.

### COLOSSEUM

Täglich unter anderem ab 10.15 Uhr  
**GREIFF**  
der gelehrige  
Filmhund

In das Handelsregister B Band I D. 3. 16 ist zur Firma Katholische Seifenherberge in Karlsruhe eingetragen durch Beschluss der Generalversammlung vom 30. Dezember 1924 wurde das Grundkapital auf 7500 Reichsmark umgewandelt eingeteilt in 50 Aktien über je 150 RM. Der Gesellschaftsvertrag wurde in § 5 (Grundkapital) und § 10 (Befanntmachung) geändert. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nun nur im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger.

Karlsruhe, den 19. Januar 1925. 335  
Bad. Amtsgericht B 2.

In das Handelsregister B Band VIII D. 3. 26 ist zur Firma Laboratorium Werler, Carl Schweizer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe eingetragen durch Beschluss vom 7. Januar 1925 ist die Gesellschaft aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Walter Bender ist Liquidator.

Karlsruhe, den 19. Januar 1925. 338  
Bad. Amtsgericht B 2.

In das Handelsregister B Band VI D. 3. 57 ist zur Firma Röhmannschenlaborat Karlsruhe vormals Bad. u. Karlsruhe eingetragen durch Beschluss der Generalversammlung vom 30. Dezember 1924 wurde das Grundkapital infolge Umwidmung auf 3000000 Reichsmark ermäßigt eingeteilt in 10000 auf den Inhaber lautende Aktien über je 300 RM. Der Gesellschaftsvertrag lautet in § 2 Abs. 1 (Grundkapital) sowie § 16 Abs. 2 (Aufsichtsratsbesetzung) geändert. Direktor Otto Wagner und Direktor Robert Fritzsche sind aus dem Vorstand ausgeschieden. Direktor Ernst Fritzsche, Karlsruhe, ist zum Vorstandsmitglied bestellt. Dem Ingenieur Ernst Fritzsche, Karlsruhe, ist Protokoll errichtet, daß er berechtigt ist, gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder einem anderen Protokollisten die Gesellschaft zu vertreten.

Karlsruhe, den 19. Januar 1925. 337  
Bad. Amtsgericht B 2.

In das Handelsregister ist eingetragen:

1. Julius Rahn, Karlsruhe: Protokoll: Julius Rahn, Chemrau Karlsruh geb. Dreifus, Karlsruhe.
2. Emil Deuber-Roehler, Karlsruhe: Die Protokoll des Kurt Graßmann, Karlsruhe ist erloschen.
3. Kartonnagenfabrik C. Dieckens & Sohn, Karlsruhe: Die Firma ist infolge Nebergangs auf eine G. m. b. H. als Einzelgänger erloschen.
4. Berg & Strauß, Karlsruhe: Kaufmann Jff. Rothschild, Karlsruhe, Einzelprotokoll.
5. Heinrich Knippenberg, Karlsruhe: Das Geschäft wird nach Auflösung der Ehe durch den Tod des leibhaftigen Firmeninhabers Heinrich Knippenberg, Hagenstr. 11, Karlsruhe, als zu der zu demselben und den gemeinschaftlichen Kindern Heinrich und Elisabeth Knippenberg bestehenden fortgesetzten Gütergemeinschaft gehörig, Namens dieser durch die Witwe Marie geb. Zelle, Karlsruhe, weitergeführt. Die Erbschaften Golde, Knippenberg, Knäber und Fritsche bleiben bestehen.
6. Paul Waisch, Karlsruhe: Die Firma ist erloschen.
7. Gebrüder Haag, Karlsruhe-Kappeln: Die Gesellschaft ist aufgelöst; die Firma ist erloschen.
8. Reiter & Gauer, Stuttgart mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe: Die Zweigniederlassung ist aufgelöst.
9. Ernst Wittkowski, Karlsruhe: Das Geschäft ist infolge Ablebens des Kaufmanns Ernst Wittkowski auf die Erbengemeinschaft zwischen Ernst Wittkowski, Wwe. Gertrud geb. Weiss und deren Kindern: Selma Wittkowski, geboren 17. Mai 1911, Otto Wittkowski, geboren 23. November 1913, Ernst Wittkowski, geboren 24. November 1922 alle in Karlsruhe übergegangen.
10. Geschwister Gutmann in Mannheim mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe: Offene Handelsgesellschaft. Bekanntlich haltende Gesellschafter: Kaufmann Dr. Martin Wohlgenuth, Mannheim und Kaufmann, Ernst Fritzsche, Chemrau Karlsruh geb. Dreifus, Karlsruhe. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1925 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft sind die Gesellschafter von Wohlgenuth und Dr. Fritzsche abgemacht, beide Kaufleute in Mannheim und zwar jeder selbständig berechtigt. Das Vertretungsrecht der Clara Wohlgenuth Ehefrau ist ausgeschlossen. Die Protokoll der Frau Helene Wohlgenuth bleibt bestehen.
11. Kappeler & Fiebig, Karlsruhe: Offene Handelsgesellschaft. Bekanntlich haltende Gesellschafter: Hermann Kappeler, Kaufmann, Karlsruhe, Eugen Fiebig, Kaufmann ebenda. Die Gesellschaft hat am 15. Januar 1925 begonnen. (An- und Verkauf aller Sorten, Wolfartsweilerstr. 8).
12. Richard Schimmelpfeng, Kaufmann, Eisenarzt bei Zeanstein, Hans A. Schimmelpfeng, Kaufmann, Postamt, Franz Tief, Berlin, Wilhelm Müller, Steinhilf, Julius Schimmelpfeng, Berlin, Edwin Oppenberg, Berlin-Friedrichshagen, Paul Schwarz Berlin-Neukölln, ist Protokoll errichtet, daß je zwei zusammen von ihnen die Gesellschaft zu vertreten und die Firma zu zeichnen berechtigt sind. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1925 begonnen.

Karlsruhe, den 23. Januar 1925. 339  
Bad. Amtsgericht B 2.

In das Handelsregister B, Band II, C. 3. 57 a ist eingetragen: Firma und Sig: Kartonnagenfabrik C. Dieckens & Sohn, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Die Fabrikation von Kartonnagenartikeln und verwandter Artikel, insbesondere der Fortbetrieb des unter der Firma C. Dieckens & Sohn, Kartonnagenfabrik bestehenden Geschäftes. Zur Erreichung dieses Zweckes darf die Gesellschaft gleichartige oder ähnliche Unternehmungen erwerben, deren Vertretung übernehme, oder sich an solchen beteiligen. Stammskapital 16000 Reichsmark. Geschäftsführer: Emil Wolf, Kaufmann, Karlsruhe. Geschäftsführer: Kaufmann, Karlsruhe. Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Januar 1925 festgesetzt. Mehrere Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft einzeln. Die Gesellschaft ist am 30. Dezember 1924 hierher gebracht worden. Der hierher gebrachte Bestand der Firma mit Geschäftsinventar, Kartonnagenmaschinen, Vorräte usw. im Wert von 8500 Reichsmark in die Gesellschaft ein. Hierüber wird jedem Gesellschafter die Hälfte mit 4250 Reichsmark auf seine Stammeinlage angerechnet. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im „Deutschen Reichsanzeiger“.

Karlsruhe, den 20. Januar 1925. 336  
Bad. Amtsgericht B 2.

In das Handelsregister B Band IX D. 3. 4 ist zur Firma „Gehlag“ Aktiengesellschaft Badischer Gastwirte, Karlsruhe eingetragen: Wilhelm Reichert ist aus dem Vorstand ausgeschieden und Kaufmann Arthur Nau, Karlsruhe ist als weiteres Vorstandsmitglied bestellt. Dem Buchhalter Josef Ehrhart, Karlsruhe ist Protokoll in der Weise erteilt, daß er berechtigt ist, gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied die Gesellschaft zu vertreten.

Karlsruhe, den 19. Januar 1925. 339  
Bad. Amtsgericht B 2.

**Kauf- und Klauensache betr.**  
Die Kauf- und Klauensache in der Gemeinde Söllingen ist erloschen.

Karlsruhe, den 23. Januar 1925. D. 3. 8  
Bezirksamt Abt. II b.

### Jagdverpachtung.

Das Jagdrevier Forstamt Karlsruhe-Gardt verpachtet am Mittwoch, den 4. Februar 1925, vormittags 9 Uhr, auf einem Geldoffizium, Schloßplatz 16, die Jagd im Hartwald zwischen der Straße Eimelheim-Friedrichsplatz und der nördlichen Regieparkanlage (Abt. Linie III 2, 3 bis Grabener Allee, Grabener Allee bis Hirschtal, Hirschtal von Grabener Allee bis Landstraße Hagelsfeld-Planenloch) mit den zugehörigen Ausstodungsflächen und der abgehörten Gemarkung Sutenke in zwei Jagdbezirken, welche durch die Straße Leopoldshafen-Planenloch getrennt werden. Der Bezirk nördlich dieser Straße umfaßt 979 Hektar Wald und 237 Hektar Feld, der Bezirk südlich dieser Straße 1087 Hektar Wald und 44 Hektar Feld. Auktionsdauer: 1. Februar 1925 bis 31. Januar 1931.

Die näheren Bedingungen können vormittags von 10-12 Uhr auf dem Forstamt eingesehen werden. 329

### Mehrere tüchtige Auto-Mechaniker

werden für sofort gesucht. Bei Eignung  
Tauerstellung. Angebote unter Nr. 133  
an das Volksfreundbüro erbeten.

### Durlacher Anzeigen.

#### Brennholz-Versteigerung.

Die Stadt Durlach versteigert am  
Mittwoch, den 28. Januar d. J.  
vormittags 9 Uhr  
mit Zusammenkunft bei „Wiber“, aus dem Dürst 1  
1, 2, 4, 15, 17, 19, 24, 25 „Oberwald“  
88 St. 2. und Windschlagholz  
an den Weißbittenben. 249  
Durlach, den 24. Januar 1925.  
Der Oberbürgermeister.

### Altpapier \* Altlein

Pumpen, Kupfer, Messing, Zinn, Blei  
sowie sämtliche Rohprodukte  
laut laufen zu äußerstigen Tagespreisen

**H. Blech** Durlach  
Roh-Produkte  
Händler erhalten Vorzugspreise 77

### Rastatter Anzeigen.

#### Brennholz-Versteigerung

am Montag, den 26. Januar, vormittags 9 Uhr  
im diesjährigen Kleinhof (Hofbräuerei) 34 Teile  
Eichenholz und nachmittags 5 Uhr im Hofe der  
Fruchthalle 10 Teile Eichenholz gegen Verzahlung.  
Rastatt, den 23. Januar 1925. 841  
Der Oberbürgermeister.

Die Abänderung des Tarifs für Kraft-  
droschken mit Fahrpreisangeiger.

Mit Zustimmung des Stadtrats Karlsruhe und Vollziehungserklärung des Herrn Landestrossenmeisters Karlsruhe vom 13. Januar 1925 wird hiermit des Bes. Str. 9. 8. unter Aufhebung des mit voriger Bes. Str. vom 8. September 1915 festgesetzten Tarifs für Kraftdroschken (Anhang zur Droschkennordnung der Stadt Karlsruhe vom 15. 6. 1908) die folgende

**Droschkentarife**

| Tag 1<br>rotes Feld   | Tag 2<br>schwarzes Feld   | Tag 3<br>blaues Feld  |
|---|---|---|
| Bis 300 m Wegstrecke<br>RM. 0.80<br>ferner je 150 m Weg-<br>strecke RM. 0.10<br>Es kostet der 1. km<br>RM. 1.30<br>jeder weitere km<br>RM. 0.66 | Bis 250 m Wegstrecke<br>RM. 0.80<br>ferner je 125 m Weg-<br>strecke RM. 0.10<br>Es kostet der 1. km<br>RM. 1.40<br>jeder weitere km<br>RM. 0.80 | Bis 200 m Wegstrecke<br>RM. 0.80<br>ferner je 100 m Weg-<br>strecke RM. 0.10<br>Es kostet der 1. km<br>RM. 1.70<br>jeder weitere km<br>RM. 1.00 |

Mindesttag für jede angefangene Fahrt RM. 2.00

Bestell- oder Vorfahr-  
gebühr bei Tag und Nacht

1-2 Personen  
bei Tage

3-5 Personen  
bei Tage

1-5 Personen  
bei Nacht

Nachzeit im Sommer von 16. IV.-15. X. 5-6 Uhr  
„ Winter von 16. X.-15. IV. 8-7 Uhr.

Wartezeit bei Tag und Nacht für alle drei Tagen vor Beginn der  
Fahrt: Bis 4 Minuten RM. 0.80, im übrigen je 2 Minuten RM. 0.10.

Für leere Rückfahrten aus den vorerwähnten Droschken, Grünwinkel,  
Rastatt, Rastatt, von dem Stadteil Mühlburg, westlich der Mühlstrasse,  
sowie aus dem Baumhofgebiet südwestlich der Alb und von dem Schützenhaus  
wird die Hälfte des Fahrpreises für die Hin- und Rückfahrt berechnet.

Handgepäck sowie sonstige kleine, leicht tragbare Gegenstände sind frei  
für größere Gepäckstücke und Hunde ist RM. 0.40 pro Sitz zu berechnen.

Beförderung von Gepäck nach und von der Wohnung zum Fahrzeug wird  
beim Berechnen.

Fahrten über die Vororte hinaus nach Vereinbarung mit den Fahrgegnern.  
Die Droschkentarife treten sofort in Kraft.  
Karlsruhe, den 10. Januar 1925. 332  
Badisches Bezirksamts - Polizeidirektion A. D. 3. 5.

### Der Einkauf von Betten

Vertrauenssache!

Bettstellen für Erwachsene mit 1a  
Patentrost  
Mk. 54.-, 45.-, 37.-, 26.-

Bettstellen für Kinder  
Mk. 39.-, 34.-, 27.-, 16.50

Seegras-Matratzen, dreiteilig, mit Kell  
Mk. 34.- bis 22.50

Wollmatratzen, dreiteilig, mit Kell  
Mk. 54.-, 50.-, 38.-.

Bettenhaus **Buchdahl**  
Kaiserstr. 104 Karlsruhe Nähe Post.

### Todes-Anzeige.

Nach kurzem schwerem Leiden verschied  
gehört morgen 8 1/2 Uhr, meine liebe Frau,  
amere treue, sorgfältige Mutter, Großmutter,  
Schwester, Schwägerin und Tante

### Magdalena Gubwiler

geb. Gremmelmaier

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
Cosmas Gubwiler.

Karlsruhe, den 26. Januar 1925.  
Beerdigung: Dienstag nachmittags 1/4 Uhr  
Trauerhaus: Karlsruhe-Mühlburg,  
Geiselstraße 4.

### Zwangsversteigerung

Dienstag, den 27. Januar 1925, nachmittags  
2 Uhr, werde ich im  
Vollstreckungsamt, Steinstr. 23,  
in Karlsruhe gegen baare  
Zahlung im Vollstreckungs-  
wege öffentlich versteigern:  
1. elektr. Motor, 1 Bohr-  
maschine und Wägel aller  
Art. 859  
Karlsruhe, 25. Jan. 1925.  
Walter  
Gerichtsvollzieher.

Gebühr für Besprech-  
ungsfähige betr.  
Somit 1. April 1925 ab  
sind für jeden an die Fern-  
brech - Vermittlungstelle  
Oraden (Nim Karlsruh)  
veranlagt. Fernspreche-  
anschlüsse (Kaufstelle) mit-  
bestens monatlich die Ges-  
dähren für 30 Ortsgebühren  
- bisher 20 - zu ent-  
richten.  
Karlsruhe (Baden), den  
23. Januar 1925. 340  
Oberpostdirektion.

Schwache  
schmerzende  
Augen  
werden wunderbar  
gestärkt u. erlischt mit  
Dr. Buchs Augen-  
salbe.  
H. Reichard, Engel-  
Drogerie, Werderpl. 44

### Unsere Leser und Leserinnen

werden gebeten, bei ihren  
Einkäufen in erster Linie  
sich auf die Inserate  
unseres Blattes zu berufen  
und zu berücksichtigen die  
Inserenten dieser Zeitung.

Abonniert die

### Frauenwelt

durch die  
Volksbuchhandlung  
Wolfsstraße 43

FRANCO

### Pfannkuch

Bismarck

### Heringe

aus feinsten  
russischen Fischen  
hergestellt

25 Stk.

Pfannkuch